blz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN
68. (83.) JAHRGANG
SEPTEMBER 2015

SENIORITA
Ulrich Thöne über seine Erfahrungen als GEW-Vorsitzender

SCHULE
Pro & Kontra: Das Ringen um die Oberstufe

GEWERKSCHAFT
Hauptstadt der prekären Beschäftigung

INHALT

Leute | Standpunkt | kurz & bündig | Redaktionelles | Impressum ... 3-5

TITEL

Soziale Arbeit – Prekäre Arbeit ... 6
Zum Scheitern verurteilt *A. Kraft* ... 7
Befristet beschäftigt, schlecht bezahlt *H. Spindler* ... 8
Jugendhilfe und Schule *M. Seithe* ... 9
Kritische Soziale Arbeit *A. Sprengel* ... 10

GEWERKSCHAFT

Hauptstadt prekärer Beschäftigung *L. Guzzetti* ... 12
Mete-Ekşi-Preis 2015 *B. Arukaslan / N. Gundacker* ... 13
Der gute Geist der Seminare *U. Jeschal* ... 14
Arbeit ist das halbe Leben *M. Rebitzki / R. Selka* ... 14

SENIORITA

Ulrich Thöne: »Die GEW könnte erfolgreicher sein« *Interview D. Haase / K. Will* ... 17
Viva la musica *P. Sperling* ... 19
Gewinn auf beiden Seiten *I. Thiemann* ... 20

TENDENZEN

Umgang mit Reinhard Strecker *M. Burchard* ... 21

SCHULE

Ringen um die Oberstufe *K. Brunswicker / R. Rahmig* ... 22
Cybermobbing: Keine Angst *S. Müller / T. Wilke* ... 24
This is not a lovesong *Schulgruppe Karlsgarten-Schule* ... 26

LEHRERINNENBILDUNG

Bericht vom Zukunftsforum *L. Pinnig* ... 28

RECHT & TARIF

Es gibt Grund, optimistisch zu sein *U. Mertens* ... 30

BERUFLICHE BILDUNG

Schulische Ausbildung unter Druck *M. Kleinmann* ... 30

BÜCHER

Flaschenpost aus Ravensbrück *E. Brandmayer* ... 31

SERVICE

Theater und Schule | Fortbildung | Materialien ... 32

22 SCHULE Viele Integrierte Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen ohne gymnasiale Oberstufe beklagen einen mangelnden Zulauf an SchülerInnen mit einer Gymnasialempfehlung. Abhilfe soll eine eigene gymnasiale Oberstufe schaffen. Die AG von Klaus Brunswicker hat dazu einen Vorschlag vorgelegt, der nicht unwidersprochen bleibt.

24 SCHULE Immer häufiger kommt es zu Mobbing über digitale Medien. Welche Formen Cybermobbing annimmt, und wie damit umgeganen werden kann, schildern Stefan Müller und Thomas Wilke.

30 BERUFLICHE BILDUNG In Berlin gibt es wegen fehlender betrieblicher Ausbildungsplätze ein plurales System in der Berufsausbildung. Dabei hat die vollzeitschulische Berufsausbildung einen gleichberechtigten Platz neben dem dualen System eingenommen. Der Wirtschaftslobby passt das nicht.

TITEL: IMAGO; OBEN: ALSWART/FOTOLIA; MITTE: FLORIAN GOPP/PIXELIO; UNTEN: R. STURM/PIXELIO

LEUTE

Markus Hanisch ist seit Anfang Juli 2015 Referent für Öffentlichkeitsarbeit der GEW BERLIN. Diese neugeschaffene Stelle umfasst sowohl die Nachfolge von Klaus Will als geschäftsführendem Redakteur der blz als auch die Pressearbeit sowie die Präsentation des Landesverbandes im Internet. Eine nähere Vorstellung erfolgt im nächsten Heft, das Markus dann als erstes Heft vollständig alleine betreut.

Sigrid Baumgardt ist nach ihrem Rücktritt als Vorsitzende der GEW BERLIN in die Senatsbildungsverwaltung gewechselt. Sie ist dort abgeordnet für die Abteilung II (Grundsatzangelegenheiten) und für die Gemeinschaftsschulen zuständig. Diese Position hatte zuvor Monika Buttgereit, die in den Ruhestand gegangen ist.

Ulrich Meuel war von 1983 bis 1987 verantwortlicher Redakteur der blz und danach für einige Jahre unser Auslandskorrespondent in Kamerun. Als die Mauer gefallen war, kehrte er zurück und ging an die Neuköllner Fritz-Karsen-Schule. Jetzt geht er mit 65 Jahren und als stellvertretender Schulleiter in den Ruhestand. Da wünschen wir doch gute Erholung und eine angenehme Zeit!

Eva-Maria Stange hat bei der Bürgermeisterwahl in Dresden am 5. Juli 2015 verloren. Die ehemalige Bundesvorsitzende der GEW und Wissenschaftsministerin in Sachsen hat als Kandidatin von SPD, Linken und Grünen 44 Prozent der Stimmen erhalten, ihr Gegenkandidat von der FDP, Dirk Hilbert, bekam 54,2 Prozent. Zu seiner Wahl hatten auch CDU, AfD und Pegida aufgerufen. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 43 Prozent.

Angela Ittel ist Psychologin und Vizepräsidentin für Lehrkräftebildung an der TU Berlin. In einem Interview mit dem *Tagesspiegel* bezeichnete sie Authentizität als wichtige Eigenschaft einer Lehrkraft. Bei manchen SchülerInnen seien eher strenge Lehrkräfte, bei anderen eher kumpelhafte beliebt. Hinzukommen müsse Offenheit gegenüber jugendlichen Lebenswelten: »Zum Beispiel Cybermobbing: Manche Lehrer nehmen dieses Problem nicht ernst, weil sie es nicht kennen.«

FOTO: PRIVAT

TTIP & CETA: die allumfassenden Geheimabkommen

Hinter verschlossenen Türen wird über alle Bereiche unseres Lebens verhandelt: Arbeit, Umweltschutz, Kultur und Bildung.

von Andreas Hoppe, Schauspieler, Autor, alias Tatort-Kommissar Mario Kopper

Ein internationales Abkommen mit vier Buchstaben, das unser Leben entscheidend verändern würde? TTIP oder CETA? Beide Antworten sind richtig. Bekannter ist das Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA. Mein Zugang zum Thema führt aber über die Umweltzerstörung in Kanada. Auch hier ist ein Abkommen mit der EU geplant. Auch bei CETA geht es darum, den Konzernen Sonderrechte einzuräumen.

Aktuell plane ich eine Reise nach Westkanada. Dort will ich mir die gewaltige Umweltzerstörung selber ansehen, die durch den Abbau von Teersanden entsteht. Ein Fläche von der Größe Englands ist betroffen. Ein surrealer Anblick, den ich bisher nur aus TV-Dokumentationen kenne. Teersande, dass ist die schmutzigste Ölproduktion überhaupt, – mit fatalen Folgen für Natur und Mensch.

Die »First Nations«, die in der betroffenen Region lebende indigene Bevölkerung, die oft noch »Indianer« genannt werden, bezahlen dies mit ihrer Gesundheit. Unter ihnen häufen sich seltene Krebserkrankungen. Ich war bisher mehrfach in Kanada, habe dort »First Nations« getroffen. Diese Treffen haben mich persönlich tief bewegt.

Mit CETA soll das Öl aus Teersanden verstärkt nach Europa transportiert werden. Grundsätzlich werden die Märkte mit TTIP und CETA für solche Produkte weiter geöffnet. Die gesetzlichen Regelungen, die den Raubbau an der Natur heute noch eindämmen, würden vermutlich verschwinden, weil der Einfluss von Großkonzernen und Lobbyisten institutionalisiert wird. Der Erhalt unserer Umweltschutzstandards? Kaum noch vorstellbar. CETA würde für die Menschen in Kanada und Europa bedeuten, dass die gewaltige Umweltzerstörung weitergeht und zwar unumkehrbar.

Die geplanten Abkommen gehen für mich, ganz grundlegend, in die falsche Richtung. Und das gilt nicht nur für den Umweltschutz. Wer sich mit TTIP und CETA beschäftigt, stellt schnell fest, dass hier quasi alle Bereiche unseres Lebens auf dem Verhandlungstisch liegen. Arbeit, Soziales, Kultur, Bildung – in der Logik der Freihandelsabkommen gehören alle Bereiche dazu, die nicht explizit ausgenommen werden. Das betrifft auch den Bildungsbereich. TTIP könnte Bildung zu einer Ware machen und die Kommerzialisierung des Bildungswesens beflügeln. Dem gesamten Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge droht mehr Druck in Richtung Privatisierung und Effizienz im Sinne der Profitmaximierung. Damit stehen unsere hohen qualitativen, sozialen und umweltpolitischen Standards bei Bildung, Gesundheit, Umwelt und Verkehr zur Disposition.

Obwohl die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfinden, gelangen immer mehr Informationen an die Öffentlichkeit. Das Ergebnis der »geleakten« Transparenz: Die Zweifel am Nutzen dieser Abkommen gehen inzwischen durch alle gesellschaftlichen Schichten. ÄrztInnen, LehrerInnen, Gewerkschaften und Umweltschutzverbände, in Kirchenkreisen und auch im mittelständischen Unternehmertum werden kritische Stimmen immer lauter. Wird das reichen, um die Freihandelsabkommen zu stoppen?

Es gibt viele Gründe, die mir deutlich gemacht haben: TTIP und CETA dürfen so nicht beschlossen werden. Deswegen ist es wichtig, am 10. Oktober an der Demonstration in Berlin teilzunehmen und den Stopp von TTIP und CETA zu fordern. Machen Sie mit, informieren Sie sich!

Anlässlich eines Besuchs von Bundesinnenminister de Maizière am 1. Juli 2015 an der Volkshochschule Berlin Mitte gab es eine Protestkundgebung der Deutschlehrkräfte in Integrationskursen. Sie demonstrierten für eine angemessene Bezahlung auf Lehrkräfteniveau und forderten den Minister auf, mehr Geld für eine angemessene Vergütung der Lehrenden an die Träger der Sprachkurse zuzuweisen. Siehe Meldung unten. FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

124 SchülerInnen erhalten das Deutsche Sprachdiplom

Für den Erwerb des Sprachdiploms haben sich 124 SchülerInnen der sogenannten Willkommensklassen anspruchsvolle Fertigkeiten im Lesen, Hören, Schreiben und Sprechen angeeignet. Die feierliche Übergabe des Sprachdiploms der Kultusministerkonferenz fand in der Aula der Max-Taut-Schule statt. Für das Diplom sind Sprachkenntnisse auf Niveau A2/B1 des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens erforderlich. Von insgesamt 153 Teilnehmenden haben 124 das Diplom und 29 eine Bescheinigung über Teilleistungen überreicht bekommen.

Berliner Girls'Day Preis 2015 vergeben

Über das Preisgeld von jeweils 300 Euro können sich die Grundschule an der Pulvermühle in Spandau, die Toulouse-Lautrec-Schule (Förderzentrum in Reinickendorf), die Hugo-Gaudig-Schule (Integrierte Sekundarschule in Tempelhof-Schöneberg) und das Lilienthal-Gymnasium in Steglitz-Zehlendorf freuen. Differenziert nach Schulformen ermittelte die Landeskoordinierung des Girls'Day die Schulen mit den meisten Online-Anmeldungen. Mit 7.477 TeilnehmerInnen erreichte der Girls'Day in diesem Jahr 9,5 Prozent der Berliner Schülerinnen und ist damit bundesweit auf Platz 1.

Welttag der Lehrerin und des Lehrers

Den 5. Oktober hat die UNESCO 1994 zum Welttag der Lehrerin und des Lehrers ausgerufen. Er erinnert an die ILO/UNESCO-Empfehlung über die Stellung der LehrerInnen (1966) und die bedeutende Rolle der Lehrkräfte für qualitativ hochwertige Bildung. Ziel des Welttags ist es, auf die verantwortungsvolle Aufgabe von Lehrkräften aufmerksam zu machen und ihr Ansehen weltweit zu steigern. In vielen Ländern wird die Qualität der Bildung durch Lehrkräftemangel gemindert. Es werden weltweit zusätzlich 1,4 Millionen Lehrkräfte benötigt, um universelle Primarbildung bis 2015 zu erreichen und 3,4 Millionen zusätzliche Lehrkräfte sind es nach den Statistiken der UNESCO bis 2030. Zusätzlich zu den fehlenden Lehrkräften muss die Frage der Qualität der Bildung im Mittelpunkt stehen. Häufig arbeitet das Lehrpersonal ohne Material und angemessene Ausbildung. 250 Millionen Kinder lernen nicht die grundlegenden Inhalte, obwohl mehr als die Hälfte von ihnen vier Jahre in der Schule verbracht haben.

Protest der Honorarkräfte in den Integrationskursen

Deutsch-DozentInnen in Integrationskursen haben studiert, verdienen aber als Honorarkräfte nicht einmal halb so viel wie angestellte Lehrkräfte mit vergleichbarer Qualifikation. Im Vollzeitjob – je nach Sprachkursträger – sind das zwischen 800 und 1.200 Euro netto pro Monat. Selbst bei jahrzehntelanger Vollzeitarbeit für einen Auftraggeber werden sie freiberuflich mit kurzfristigen Honorarverträgen eingesetzt. Als interkulturelle ExpertIn en geben rund 22.000 Deutschlehrkräfte in Integrationskursen MigrantInnen aus allen Herkunftsländern eine Orientierung für das neue Leben in Deutschland. Sie unterrichten Menschen mit verschiedenen Muttersprachen und Bildungshintergründen, sie geben Alphabetisierungskurse, Deutschkurse für den Beruf, Jugend-Integrationskurse, lehren Politik und Geschichte und nehmen Sprach- und Einbürgerungsprüfungen ab. Deutschlehrkräfte müssen von ihrem spärlichen Honorar als rentenversicherungspflichtige Selbständige hohe Beiträge an die Sozialversicherung zahlen.

DGB beteiligt sich an Demonstration für gerechten Welthandel

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ist dem Trägerkreis beigetreten, der die geplante Demonstration »TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel!« am 10. Oktober 2015 in Berlin organisiert. Aus dem Aufruf des Trägerkreises: »Im Herbst 2015 tritt die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase. Beide Abkommen drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und auszuhebeln. Es ist höchste Zeit, unseren Protest gegen die Abkommen auf die Straße zu tragen! Wir treten gemeinsam für eine Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Informationen auf www.ttip-demo.de«

POST AN DIE REDAKTION

»Abschied von der BücherboXX«, *blz Juni 2015*

Wir bitten Euch dringend, Änderungen von eingereichten Texten – auch Überschriften – mit den AutorInnen zukünftig abzustimmen. Wir wollten mit dem Text unsere Betroffenheit über die Art und Weise, wie die von uns betreute BücherboXX wieder verschwunden ist, zum Ausdruck bringen. Deshalb haben wir ihm die Überschrift »Nachruf« gegeben. Dieser Beitrag passt aber weder mit dieser noch mit der von der Redaktion gewählten Überschrift auf die Seite der Traueranzeigen. Es ist doch noch ein Unterschied, ob uns wertvolle Menschen oder eine BücherboXX verloren gehen. Wenn ihr mit uns geredet hättet, hätte sich sicher eine Lösung gefunden – aber sicher nicht auf dieser Seite. *Monika Rebitzki*

blz treibt Entwicklung der deutschen Sprache voran, *blz Juni 2015*

Als ich »aber am Ende überwiegten die Argumente dagegen« las (oder leste?), zuckte ich, wie häufig bei der Lektüre der blz, zusammen. Nun ist zwar unter Germanisten bekannt, dass sich die deutsche Sprache, wie andere auch, zu einfacheren Strukturen hin entwickelt, so auch von starken zu schwachen Verben, aber von »überwiegte« habe ich bisher noch nichts gehört. Im Ernst: Wahrscheinlich mangelt es euch an KorrektorInnen. Ich würde mich glatt dafür zur Verfügung stellen.
Ingrid Thiemann

»Sand in die Augen«, *blz Juni 2015*

Ja, so liebe ich meine Gewerkschaftszeitung! In ihrem Artikel »Sand in die Augen« redet die Vorsitzende der Fachgruppe Grundschulen, Sibylle Recke, Klartext jenseits aller Beschönigung. Im Bonusprogramm geht es um das untere Drittel der Berliner Bevölkerung und seine Schulen, die verschleiernd titulierten »Brennpunktschulen«. Diese Schulen litten natürlich am meisten unter dem allgemeinen Personal- und Bildungsabbau und werden, so legt Sybille Recke überzeugend dar, nun durch die Boni, die mit Mehrarbeit für die Belegschaft verbunden sind, verhöhnt statt belohnt. Hoffentlich besinnt sich die GEW nun wieder darauf, dass sie als Bildungsgewerkschaft gerade für diese Schulen »ganz unten« besondere Verantwortung trägt. Denn eine Zeit lang schien es beinahe so, als glaubte auch die GEW, dass sich die Qualität dieser Schulen durch die vom Senat angebotene Form der Inklusion (unter deren Bedingungen sie klarer als »Restschulen« anzusprechen sind) oder durch technokratische oder euphemistische Umbenennungen (»ISS«, »Gemeinschaftsschulen«) irgendwie quasi von selbst verbessern würde – vielleicht noch assistiert durch abermaliges »gemeinsames« Anpacken, sprich erneute Mehrarbeit der KollegInnen, die dort schon jetzt übermäßig belastet sind. Also, redet bitte öfter und viel lauter über den Skandal der Brennpunktschulen! *Brigitte Domurath-Sylvers*

Volksbegehren Unterrichtsgarantie, *blz Juli-August 2015*

Unser neuer Vorsitzender Tom Erdmann lehnt das Volksbegehren Unterrichtsgarantie ab. Leider bezieht er sich auf einen veralteten Diskussionsstand, der auf der ersten Fassung des Gesetzestextes basiert. Die damals vom LV und der Abteilung Berufsbildende Schulen angeregten Verbesserungen sind in die neue Fassung längst eingearbeitet. So scheiterte die Unterstützung des Volksbegehrens durch die LDV auch nur denkbar knapp an vier Stimmen. Angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse stellt sich uns InitiatorInnen des Volksbegehrens, in der Mehrzahl GEW-Mitglieder, die Frage, warum die blz in dieser Angelegenheit allein Tom Erdmann das Wort erteilt, der zudem noch inhaltlich verkürzt argumentieren darf. Gerade nach der Debatte über die Diskussionskultur in der GEW auf der LDV fragen wir weiter: Entspricht es dem Standard der Debatten in der GEW, wenn in der blz unsere Argumentationen nur einseitig und nicht korrekt dargestellt werden? Der aktuelle Gesetzestext ist unter volksbegehren-unterrichtsgarantie.de zu finden. Hier wird unter anderem auf Besonderheiten an berufsbildenden Schulen und fächerübergreifenden Unterricht eingegangen und sichergestellt, dass LehrerInnenstunden für die Schulorganisation, Unterrichtsentwicklung, Aus-, Fort- und Weiterbildung und nicht zuletzt für die Umsetzung der Inklusion nicht mit einer Vertretungsreserve verrechnet werden dürfen! Ziel des Gesetzes ist die Einrichtung einer zehnprozentigen Vertre-

Fortsetzung auf Seite 15

ÜBRIGENS

Gerade verabschiedete sich die eine, schon macht es ihr die nächste nach. Auch Martina Brömme verlässt leider unsere Redaktion. Liebe Kolleginnen, uns gehen die Frauen aus! Wir brauchen dringend Verstärkung! Wir nehmen aber natürlich auch Männer.

Er hat die Redaktion 28 Jahre lang betreut, dies ist die letzte Ausgabe, die Klaus Will mitverantwortet. Wir wünschen ihm alles Gute! Aber es gibt nicht nur Verabschiedungen. Wir begrüßen Markus Hanisch, den neuen geschäftsführenden Redakteur, und Manuel Honisch, den neuen Pressesprecher, herzlich in der Redaktion.

Wir haben es geschafft! Die blz hat endlich einen neuen Namen. Jetzt stehen nicht mehr die »lehrer« im Mittelpunkt, sondern das Thema, was uns alle gemeinsam bewegt: Bildung. Mehr dazu erfahrt ihr in der kommenden Ausgabe. In den letzten Wochen konntet ihr euch hoffentlich ein wenig erholen und die Sonne genießen und geht jetzt gestärkt wieder an die Arbeit. Frohes Schaffen! *CMdR*

TITELTHEMEN für die blz im ...

NOVEMBER: »Berufsbildung«, Redaktionsschluss am 30. September 2015.

DEZEMBER: »Privatisierung der Bildung«, Redaktionsschluss am 29. Oktober 2015.

IMPRESSUM

Die blz ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Caroline Muñoz del Rio (verantwortlich), Klaus Will (Koordinierung, Foto- und Schlussredaktion), Markus Hanisch, Janina Bähre, Martina Brömme, Tom Erdmann, Josef Hofman, Arne Schaller, Ralf Schiweck, Folker Schmidt.
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax –49, E-Mail blz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion. Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 12 vom 1. November 2013
Satz, Layout und Konzept: bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler, Erkelenzdamm 9, 10999 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin

ISSN 0944-3207 9/2015: 26.500

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Änderungen vor. Beiträge nur per E-Mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

Soziale Arbeit – Prekäre Arbeit

Sozialarbeitende werden in Deutschland immer notwendiger und die Herausforderungen an ihrer Arbeit wachsen. Die immer prekärer werdenden Arbeitsbedingungen in allen Feldern der Sozialen Arbeit machen eine qualitative und nachhaltige Umsetzung sozialpädagogischer Praxis unmöglich. Physische und psychische Schäden aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen scheinen heutzutage in der Sozialen Arbeit allgemeines Berufsrisiko zu sein. Versteckte Mehrarbeit, Plus X-Verträge, Zwangsteilzeit, Befristungen, Leiharbeit sind keine Seltenheit, sondern an der Tagesordnung. Massive Dokumentationspflichten, schlechte Bezahlung oder Arbeitsplatzausstattung, Personalmangel und eine Aufgabenflut kennzeichnen den Alltag von Beschäftigten in der Sozialen Arbeit. Der Staat will sparen und Kosten senken. Die Zeit für die direkte Arbeit mit Betroffenen wird zunehmend reduziert. An sinnvollen Konzepten und Finanzierungen mangelt es. So verfolgen auch die jüngsten Reformüberlegungen der Jugendhilfepolitik «Weiterentwicklung der Hilfe zur Erziehung« vorrangig das Ziel, Kosten zu sparen. Auch die Sozialraumorientierung gilt als gescheitert. Soziale Arbeit wird immer mehr zur Verwaltung von »Sozialfällen«, zur Begleiterin von Jugendhilfekarrieren und zur Dienstleisterin. Die Institutionen machen sich oft gegenseitig verantwortlich oder sie rücken die freien Träger in das Zentrum der Kritik. Schuld wird hin und her geschoben, doch das löst die Probleme nicht. Wie soll auch unter den beschriebenen Bedingungen gute Soziale Arbeit gelingen? Sie ist, wenn sich nichts an den Bedingungen ändert, von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Wir möchten mit dieser Ausgabe die prekären Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Sozialen Arbeit sichtbar machen und in die öffentliche Wahrnehmung rücken. Mit Kritik allein ist es aber nicht getan. Von daher formulieren unsere AutorInnen auch konkrete Forderungen oder machen Vorschläge, wie Soziale Arbeit besser umgesetzt werden kann. Sie braucht vor allem eins: Widerstand gegen prekäre Arbeitsbedingungen und eine Gesellschaft, die bereit ist, ausreichende Mittel für Soziale Arbeit zur Verfügung zu stellen.

FOTO: CHRISTOPH LOEFFLER / CHLOEPHOTO.DE

Zum Scheitern verurteilt

Mit der Sozialen Arbeit geht es stetig bergab. Eine schonungslose Analyse ist dringend nötig.

von Andreas Kraft

Die Schere geht weiter auseinander. Unsere Gesellschaft spaltet sich immer mehr in Reich und Arm, weil die Mittelschicht sich zunehmend in das untere Drittel unserer Wohlstandspyramide verabschiedet. Jeder scheint mit sich selbst beschäftigt zu sein und handelt nach dem Motto: »Rette sich wer kann«. Es knirscht reichlich im Gebälk, überall Krisen – nicht nur bei uns. Spätestens seit der Hartz IV-Gesetzgebung geht es stetig bergab mit der Sozialen Arbeit. Sie wurde und wird in ein Korsett von Verordnungen und Vorschriften gezwängt, das oft nicht passt und teurer wird. Für Betriebswirtschaftler ein Graus, aber scheinbar rechnet niemand nach, denn die staatlichen Akteure schauen oft nur auf ihre eigenen Finanztöpfe.

Gescheiterte Sozialraumorientierung

Der Sozialraum sollte es richten. Mit viel Geld und wissenschaftlicher Unterstützung wurde in Berlin die Sozialraumorientierung eingeführt. Sie sollte die Jugend- und Sozialämter sowie die freien Träger in der Wohlfahrtspflege zusammenbringen. Dies geschieht nur bedingt und das hat viele Ursachen. So halten sich Jugendliche nicht nur in einem bestimmten Sozialraum auf. Sie gehen in dem einen Sozialraum zur Schule, wohnen in einem anderen und in einem weiteren verbringen sie ihre Freizeit. Aber auch in einem einzigen Sozialraum wissen die verschiedenen Akteure oft nichts voneinander, weshalb schlecht oder kaum zusammengearbeitet wird, so beispielsweise bei der Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und Schule.

Wer die Verantwortung an dieser Misere den Institutionen und freien Trägern zuschiebt, macht es sich zu einfach. Die Institutionen machen sich oft gegenseitig verantwortlich oder sie rücken die freien Träger in das Zentrum der Kritik. Letztere wissen sich auch nicht zu helfen und schieben sich gegenseitig die Schuld zu. Einig ist man sich allein in der Auffassung, dass die knappen Finanzen die Ursache aller Probleme sind. Schöne einfache Welt, nur leider hilft dies keinem weiter und schon gar nicht der Sozialen Arbeit.

Es gibt gute Gründe, in Soziale Arbeit zu investieren, auch aus ökonomischer Sicht: So entsteht aus jedem in die SchuldnerInnenberatung investierten Euro ein wirtschaftlicher Nutzen von zwei Euro. Wenn in die Jugendhilfe investiert wird, sind es sogar drei Euro. Trotzdem wird nicht investiert. Das führt dazu, dass Jugendämter personell nicht genügend ausgestattet und wochenlang wegen Überlastung geschlossen sind. Oder dass freie Träger in der Jugendhilfe nur kurzfristige und zudem mit zu wenigen Stunden ausgestattete Kostenübernahmen für die Betreuung von Jugendlichen erhalten. Eigentlich soll die Jugendhilfe Hilfekarrieren verhindern, unter solchen Bedingungen wird sie aber lediglich zur Begleiterin solcher Karrieren.

Hauptsache dokumentiert

Wer schreibt, der bleibt. Unter diesem Motto scheint die Dokumentationswut zu stehen. Mittlerweile macht die Dokumentation 20 Prozent der Arbeit im sozialen Bereich aus. Soziale Arbeit wird so immer mehr zur Verwaltung von »Sozialfällen«, denn für die direkte Arbeit mit den Hilfebedürftigen bleibt kaum Zeit.

Soziale Arbeit, die von freien Trägern geleistet wird, basiert zum großen Teil auf prekären Beschäftigungsverhältnissen. Für die Beschäftigten bedeutet dies, dass sie oft über 20 Prozent weniger als Tarifbeschäftigte des öffentlichen Dienstes erhalten und fast nur in Teilzeit beschäftigt sind. Man kann hier durchaus von einer Zwangsteilzeit sprechen. Viele dieser Beschäftigten sind alleinerziehend und sogenannte AufstockerInnen, die zusätzlich Geld vom Staat brauchen, um leben zu können. Sie sind damit in der gleichen Lage, in der sich ihre KlientInnen befinden, und müssen selbst Schulden machen. Gleichzeitig beraten sie ihre KlientInnen, wie Schulden vermieden werden können.

Die Beschäftigten in öffentlichen Institutionen wie den Jugendämtern leiden unter Personalmangel, schlechter Ausstattung und einer Flut von Aufgaben, die sie nicht mehr bewältigen können. Eine SozialarbeiterIn im regionalen sozialen Dienst hat mindestens 80 Fälle zu betreuen.

Wie soll unter den beschriebenen Bedingungen gute Arbeit gelingen? Sie ist, wenn sich nichts an den Bedingungen ändert, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Wir brauchen eine schonungslose Analyse der Sozialen Arbeit: Augen zu und durch funktioniert schon lange nicht mehr. Gute Soziale Arbeit kostet Geld, hier muss mehr und richtig investiert werden.

PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG …

… ist unsicher und widerruflich (vom französischen précaire). Konkret heißt das: befristete Arbeit, zu wenig Lohn, keine soziale Absicherung, Zukunft ungewiss, Zugehörigkeit Fehlanzeige.

Andreas Kraft, Leiter des Vorstandsbereiches Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit

FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Befristet beschäftigt und schlecht bezahlt

Beschäftigte in sozialen und pädagogischen Bereichen arbeiten unter schwierigen Bedingungen. Anstatt sie vor prekärer Beschäftigung zu schützen, fördert der Staat diese noch.

von Helga Spindler

Soziale und pädagogische Fachkräfte sind heutzutage verstärkt gefragt. Gleichzeitig will der Staat Kosten sparen. Befristete Aufträge oder pseudowettbewerbliche Vergaben sollen die Einrichtungen in diesem Bereich zwingen, schon im Angebot mit möglichst niedrigen Personalkosten zu kalkulieren. Diese Praxis setzt die Träger unter Druck. Sie fügen sich allerdings meist widerspruchslos und stellen den Druck als alternativlos dar. Sie geben ihn direkt an ihre Beschäftigten weiter.

Um Kosten zu senken, werden beispielsweise Vor- und Nachbereitungszeiten von Betreuungsstunden nicht als Arbeitszeit angerechnet. Dies kann dazu führen, dass der Lohn für tatsächlich geleistete Arbeit fast halbiert wird. Noch stärker missbräuchlich sind »Plus X-Verträge«, die sowohl bei der Berliner Treberhilfe als auch der Berliner Behinderten-Assistenz bekannt wurden. Diese Art von Verträgen verpflichtet die Beschäftigten zu einer Vollzeitbereitschaft, ohne dabei eine verlässliche Entlohnung zu garantieren.

Befristung ist eher die Regel als die Ausnahme

Die Befristungen in allen sozialen Arbeitsfeldern werden übermäßig ausgeweitet, mehr noch als in der Privatwirtschaft. 40 Prozent aller befristeten Verträge werden in den sozialen Dienstleistungen abgeschlossen. Bei Neueinstellungen werden in diesem Bereich gut zwei Drittel aller Beschäftigten befristet eingestellt, in Berlin um die 80 Prozent bei freien und um die 60 Prozent bei öffentlichen Trägern.

Besonders tückisch ist der ungeschriebene, aber anerkannte Sachgrund für Befristungen: Finanzierung durch öffentliche Zuwendung. Dies trifft besonders bei beauftragten Dritten zu, wie Vereinen für SchülerInnenhilfen oder in der Familien- und Jugendhilfe. Viele Fachkräfte sind hier oft nach fünf oder mehr Jahren immer noch befristet angestellt. Aber auch zulässige Befristungen für Elternzeit- oder Krankheitsvertretungen werden zu fragwürdigen, teilweise jahrzehntelangen Kettenbefristungen missbraucht.

Zu dem Komplex prekärer Verhältnisse gehört auch die unterbezahlte und verdeckt abhängige Selbständigkeit in der Jugendhilfe, in Migrationskursen oder an der Volkshochschule (VHS). Hier gibt es keine angemessenen Honorarordnungen und Gewerkschaften können Honorarkräfte nur eingeschränkt unterstützen, weil es sich nicht um ArbeitnehmerInnen handelt. Noch im begrenzten Umfang, aber durchaus erkennbar, wird mittlerweile auch Leiharbeit mit schlechtesten Arbeitsbedingungen im pädagogischen Bereich eingesetzt. Ein Beispiel ist die Erweiterung vom zunächst nur geplanten Leiharbeitseinsatz für Pflegekräfte auf den Schwerpunkt Sozialarbeit bei der caritaseigenen Firma »pro cura Service GmbH« in Berlin. Eine umfangreiche Untersuchung über die Nutzung von Leiharbeit in der Diakonie wurde gerade veröffentlicht. Auch in Bochum existiert ein DozentInnenpool mit über 300 pädagogischen MitarbeiterInnen, der an Bildungseinrichtungen, wie Berufsschulen, ausleiht. Und an hessischen Schulen werden bereits in größerem Umfang PädagogInnen als LeiharbeiterInnen eingesetzt.

Widerstand gegen die fragwürdigen Methoden des Staates ist notwendig

Der Staat schafft durch fragwürdige Vergabeverfahren schlechtere Arbeitsbedingungen. Er stiftet durch Ausgliederungen dazu an, arbeitsrechtlichen Schutz systematisch zu unterlaufen. Direkt als Arbeitgeber sowie indirekt in seiner Funktion als Geldgeber und Auftraggeber öffentlicher Dienstleistungen spielt der Staat eine wichtige Rolle in der Verbreitung befristeter Verträge. Als Arbeitgeber nutzt er es aus, dass die sozialen und pädagogischen Fachkräfte in der Praxis schwer gewerkschaftlich zu organisieren sind. Denn heute treten pädagogische und soziale DienstleisterInnen nicht nur in der öffentlichen oder gar verbeamteten Festanstellung auf, sondern zunehmend auch in der Anstellung bei beauftragten Trägern oder als Selbstständige. Auf die Festangestellten in Schulen, Behörden oder bei großen sozialen Verbänden konzentrierte sich aber die gewerkschaftliche und verbandliche Vertretung zunächst. Ihre Aufgabe ist es nun, der Wettbewerbsideologie des Staates und der zunehmenden Prekarisierung der Beschäftigten in der Sozialen Arbeit etwas entgegenzusetzen. Die Zustände müssen öffentlich dokumentiert werden, politische Forderungen müssen entwickelt werden, die Betroffenen müssen sich organisieren und die Verbände und Gewerkschaften müssen viel enger zusammenarbeiten und sich austauschen.

Lesehinweis: Eine längere Fassung dieses Textes mit den Nachweisen ist veröffentlicht in Kessl/Polutta /van Ackeren/Dobischat/Thole: Prekarisierung der Pädagogik – Pädagogische Prekarisierung, Beltz Juventa 2014, S. 141-154

Veranstaltungshinweis: Konferenz: Prekär im öffentlichen Auftrag, Samstag, 7. November 2015 ab 10 Uhr in der Gesamtschule Globus am Dellplatz, 47051 Duisburg. Das Programm der Veranstaltung unter www.nrw.rosalux.de

Helga Spindler, emeritierte Professorin am Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik der Universität Duisburg-Essen.

FOTO: PRIVAT

Jugendhilfe und Schule: zusammen billiger, besser eher nicht

Die Bemühungen um eine bessere Zusammenarbeit der beiden Bereiche greifen zu kurz, weil sie vor allem darauf ausgerichtet sind, Kosten zu sparen.

von Mechthild Seithe

Eine gute Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule ist ein altes und erstrebenswertes Ziel. Die zurzeit massiv geförderte Schnittstellenarbeit erweckt den Eindruck, dass sich dieser Traum endlich erfüllen könnte. Die jüngsten Reformüberlegungen der Jugendhilfepolitik unter dem Motto «Weiterentwicklung der Hilfe zur Erziehung« verfolgen zwei Ziele: Erstens die Verringerung der kostenintensiven Maßnahmen der Hilfen zur Erziehung und zweitens die Durchsetzung von Kontrolle und Transparenz. Eine Auseinandersetzung um Inhalte der Hilfe zur Erziehung findet im Rahmen dieser Überlegungen nicht statt. Ziel ist die Verstärkung der Schnittstellenarbeit der Jugendhilfe mit der Schule. Von dieser Zusammenarbeit erwartet man neue Synergie- und Spareffekte.

Schulsozialarbeitsprojekte stehen damit im Vordergrund der jugendhilfepolitischen Reformbemühungen. Die Forderung der Jugendhilfe nach einer besseren Zusammenarbeit mit der Schule ist berechtigt aber keineswegs neu. Und neu sind auch nicht die Probleme, die im Rahmen dieser Zusammenarbeit entstehen. Schulsozialarbeit wurde in der Vergangenheit oft für schulische Angelegenheiten missbraucht. Des Weiteren schob man sich immer wieder die Zuständigkeit und damit auch die Finanzverantwortung gegenseitig zu. Die professionelle Distanz und gegenseitige Skepsis zwischen den Berufsgruppen sowie die unterschiedliche gesellschaftliche Anerkennung, die sich nicht zuletzt an den Einkommensunterschieden festmachen lässt, stellten oft unüberwindbare Barrieren dar.

Während für die Jugendhilfe die Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit der Schule durch die Rechtslage des Kinder- und Jugendhilfe Gesetzes (KJHG), § 81 und § 13, vorgegeben war, blieb für Lehrkräfte diese Zusammenarbeit immer freiwillig und kostete sie einen Teil ihrer Freizeit. Das ist bis heute so geblieben.

Eine flächendeckende und zum pädagogischen Standard gehörende kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen beiden Sozialisationsinstanzen ist in den vergangenen Jahrzehnten aus den aufgeführten Gründen nicht zustande gekommen. So gesehen ist der gegenwärtige Aufschwung einer Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe sehr zu begrüßen.

Schulsozialarbeit kann Erziehungshilfe nicht ersetzen

Die intensive Arbeit an der Schnittstelle zur Schule wird von der Jugendhilfepolitik allerdings zu Unrecht als Alternative zu den ambulanten Hilfen zur Erziehung gesehen. Denn zum einen hat Schulsozial-

FOTO: CHRISTOPH LOEFFLER / CHLOEPHOTO.DE

arbeit eine eigene Aufgabe im Jugendhilfesystem und verfügt nicht über Ressourcen für Erziehungshilfe. Sie sollte mit Erziehungshilfe zwar gut vernetzt sein, kann sie aber nicht selbst leisten. Zum anderen ist die im Kontext von Inklusionsüberlegungen geäußerte Idee, Schule könne bei Bedarf selbst Erziehungshilfe leisten, absurd, wenn man die Realität in den Schulen und die Überlastung der Lehrkräfte betrachtet. Hier zu erwarten, dass Erziehungshilfe neben Bildung zusätzlich geleistet werden könnte, ist eine Überschätzung der Möglichkeiten und eine Unterschätzung dessen, was Hilfe zur Erziehung leisten können muss.

Eine bessere Zusammenarbeit zwischen Schulsozialarbeit und Schule würde im günstigen Fall die Lage der SchülerInnen verbessern, aber auch sie würde niemals Erziehungshilfe überflüssig machen.

HILFEN ZUR ERZIEHUNG

Zu den typischen Formen der Hilfen zur Erziehung zählen:

- Familienunterstützende Hilfen (Erziehungsberatung, sozialpädagogische Familienhilfe, soziale Gruppenarbeit)
- Familienergänzende Hilfen (Tagesgruppe)
- Familienersetzende/-ergänzende Hilfen (Vollzeitpflege, Heimerziehung oder sonstige Wohnformen, intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung).

Schulerfolg reicht als zentrales Ziel nicht aus

Problematisch an der neuen Schnittstellenarbeit ist außerdem die Tatsache, dass diese Zusammenarbeit im Dienste einer neoliberalen Orientierung von Bildung und Jugendhilfe steht. Schulen sind immer mehr nur auf die Förderung von Humankapital orientiert. Sie nehmen außerdem eine Selektion in wertvolle und nicht wertvolle SchülerInnen vor.

Aber auch die Kinder- und Jugendhilfe hat im Rahmen ihrer neoliberalen Umsteuerung im Wesentlichen nur noch die Nützlichkeit der Menschen im Auge. Ihre sozialpädagogischen Ziele scheinen vergessen. Das, was im Rahmen der Schnittstellenarbeit Jugendhilfe und Schule von der Jugendhilfe erwartet wird, entspricht kaum noch dem, was die Disziplin Soziale Arbeit selbst unter Schulsozialarbeit versteht. Hier wird sie vielmehr reduziert auf Handlungsschritte, die vor allem den Schulerfolg der SchülerInnen im Blick haben. Jugendhilfe gerät so in Gefahr, sich vor den Karren einer Bildungspolitik spannen zu lassen, die sich einseitig für die Sicherstellung von Humankapital zuständig fühlt.

Das bedeutet, dass im Rahmen der Schnittstellenarbeit die Jugendhilfe und das Bildungssystem zusammen dafür Sorge tragen werden, dass das Humankapital des Wirtschaftsstandortes Deutschland sich möglichst effektiv entwickelt. Dass das die Hoffnungen erfüllt, die wir so lange mit einer besseren Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe verbunden haben, muss bezweifelt werden. ■

Prof. Mechthild Seithe, emeritierte Hochschullehrerin für Sozialpädagogik.

Kritische Soziale Arbeit hat ein Revival und das nicht ohne Grund

Die Empörung über die Zustände in der Sozialen Arbeit verbindet sich mit allgemeinerer Gesellschafts- und Ideologiekritik, mit (queer-)feministischen und antirassistischen Perspektiven.

von Arne Sprengel

Warum kommen Menschen auf die Idee, vor die Soziale Arbeit das kleine Wörtchen »kritisch« zu setzen und worauf beziehen sie sich dabei? Wer in der Sozialen Arbeit was, wen und aus welchen Gründen kritisiert und welche Möglichkeiten sich daraus ergeben (können), ist manchmal nicht ganz einfach zu verstehen.

Die radikale Linke und außerparlamentarische Opposition hatte Ende der 60er Jahre mit teils spektakulären Aktionen die öffentliche Diskussion über die inhumanen Zustände in der Heimerziehung der Bundesrepublik Deutschland entfacht. Der Protest richtete sich gegen die massenhafte, geschlossene Unterbringung von Kindern und Jugendlichen, welche autoritären Erziehungspraktiken, Zwangsarbeit, Gewalt, sexuellen Übergriffen, religiöser Indoktrination, Isolationshaft und harten Bestrafungen ausgesetzt waren. AktivistInnen, Betroffene und UnterstützerInnen fanden sich in Organisationsstrukturen zusammen, die wenig formal-, dafür aber basisdemokratisch und bewegungsförmig ausgerichtet waren. Sie basierten auf der Grundlage gemeinsamen Interesses und Solidarität. Ihr Mobilisierungspotential kam im Laufe der Ereignisse um das Jahr 1968 voll zum Tragen. In diesem Kontext trafen sich erstmals in Westberlin PraktikerInnen, Lehrende und

FOTO: PRIVAT

Auszubildende aus verschiedenen sozialen Berufen. Unzufrieden mit den Zuständen in ihrem Arbeitsfeld suchten sie nach neuen sozialpolitischen Lösungen. Inspiriert von der allgemeinen Protest- und Aufbruchstimmung gründeten sie den Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit (AKS). Dieser war ein loser Zusammenschluss von verschiedenen, themenbezogenen Arbeitsgruppen wie Sozialbürokratie, Heimerziehung, Funktion und Ideologie der Sozialarbeit, Jugendpflege, Ausbildung, Gesundheitswesen. Der AKS hatte eine eigene Zeitung, die Sozialpädagogische Korrespondenz (SPK).

Die SPK wollte die Trennung aufheben, die zwischen den sozialen Berufen errichtet wurde. Missstände, die bisher nur individuell getragen wurden, sollten öffentlich gemacht und im gesellschaftlichen Zusammenhang dargestellt werden. KollegInnen sollten daraus fachliche und politisch-organisatorische Konsequenzen ziehen können. Die Aktualität der Kritik und das hohe fachliche Niveau sorgten dafür, dass die SPK bald auch über die Grenzen Westberlins hinweg gelesen wurde. Die kritische Sozialarbeit bekam schnell Zulauf. Auch in anderen westdeutschen Städten gründeten sich Arbeitskreise. Die (selbsternannte) SozialarbeiterInnenbewegung bestimmte die nächsten Jahre mit neugegründeten Zeitschriften wie »Erziehung und Klassenkampf« und »Informationsdienst Sozialarbeit« des Sozialistischen Büros Offenbach und der »Neuen Praxis« die Diskurse. Erst gegen Ende der 70er Jahre verlor die kritische Soziale Arbeit ihre Mobilisierungskraft.

Aktuelle Entwicklungen

Die Diskussionen um Kritik und kritische Soziale Arbeit haben in den letzten Jahren wieder leicht zugenommen, vor allem im Kontext der Hochschulen. Auch die AKS wurden in einigen Städten wiederbelebt oder neugegründet. Es gibt Tagungen und einige interessante Neuveröffentlichungen. Die Zeitschrift »Widersprüche«, vereint als Nachfolgerin vom »Info Sozialarbeit« alte und neue kritische Stimmen. Neben eher traditionell marxistisch-kapitalismuskritischen Zugängen speist sich die neue Lust an der Kritik in der Sozialen Arbeit auch aus (queer-)feministischen oder antirassistischen Perspektiven. Andere Ansätze beziehen sich auf Michel Foucaults Analysen von Diskurs und Macht. Die meisten verbinden die Empörung über die Zustände in der Sozialen Arbeit mit allgemeinerer Gesellschafts- und Ideologiekritik. Auch die Notwendigkeit einer selbstkritischen Perspektive wird aufgrund der Verwobenheit der Sozialen Arbeit mit Strukturen von Macht und sozialer Ungleichheit betont.

Kritische Perspektiven

Im Unterschied zur frühen Phase der kritischen SozialarbeiterInnen fehlt in der aktuellen Situation der kritischen Sozialen Arbeit das soziale Bewegungsmoment und eine greifbare gesellschaftlich-politische Perspektive. Das neue Interesse an der Selbstkritik ist auch als Nachholbedarf einer Sozialen Arbeit zu verstehen, die sich als eigenständige, sozialwissenschaftliche Disziplin etablieren will. Deshalb wird nach neuen Standards in Theorie und Praxis gesucht. Was heute unter dem Namen »Kritik« firmiert, ist größtenteils kein »alternatives« Modell Sozialer Arbeit. Es geht darum, die Widersprüchlichkeit der Sozialen Arbeit unter den gegebenen Verhältnissen aufzudecken, ohne sich dabei der Illusion hinzugeben, diese sei allein durch eine kritische Haltung aufzulösen. Kritische Soziale Arbeit verweigert sich konsequent der Interpretation Sozialer Arbeit als »helfende Profession.« Sie sieht ihre Aufgabe darin, mit den Mitteln der Kritik die Momente (latenter) Inhumanität, sowie repressive Anteile ins Bewusstsein zu rufen. Dazu können Bündnisse wie die AG Kritische Bildungsarbeit der Jungen GEW beitragen. Dort werden kritische Perspektiven über die Grenzen der Profession hinaus diskutiert und sie bleibt (auch innerhalb der Gewerkschaft) unbequem – und kritisch.

Zum Weiterlesen: Anhorn, Roland / Bettiner, Frank u.a.: Kritik der Sozialen Arbeit – kritische Soziale Arbeit, Wiesbaden 2012, Springer VS Verlag

Die AG Kritische Bildungsarbeit ist eine Arbeitsgruppe der Jungen GEW Berlin und trifft sich regelmäßig, meistens in der GEW-Geschäftsstelle. Sie wirft einen vertieften, kritischen Blick auf das Bildungssystem, den Kapitalismus und den Zusammenhang von beidem. Termine und Infos: bildungsarbeiterin.blogsport.de

Arne Sprengel,
AG Kritische Bildungsarbeit,
Junge GEW

FOTO: CHRISTOPH LOEFFLER / CHLOEPHOTO.DE, UNTEN: PRIVAT

HAUPTSTADT DER PREKÄREN BESCHÄFTIGUNG

Gewerkschaftliche Initiative zur Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse in Betrieben und Einrichtungen im Verantwortungsbereich des Landes Berlin gegründet.

von Linda Guzzetti

Schon 2006 hat der DGB Berlin-Brandenburg in seinem Report »Berlin – Hauptstadt der prekären Beschäftigung« einen großen Handlungsbedarf festgestellt. In der Stadt haben aber viele Menschen die Vorstellung, dass von prekärer Arbeit hauptsächlich »Kreative« betroffen seien, nach dem alten Klischee, dass die Kunst weder Geld noch Sicherheit mit sich bringe. Leider ist das Prekariat weiter verbreitet als nur in den freien Künsten.

Spaltung der KollegInnen

Das hat eine Veranstaltung im DGB-Haus im September 2014 gezeigt. Sie wurde von der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD organisiert. Rund 150 KollegInnen machten deutlich, dass viele von prekärer Arbeit Betroffene in Betrieben und Einrichtungen im Verantwortungsbereich des Landes Berlin tätig sind. Die anwesenden KollegInnen kamen aus dem Gesundheitswesen (Charité Facility Management und Vivantes), aus den Musikschulen, den Volkshochschulen, dem Technikmuseum, dem Botanischen Garten und dem Opernhaus, aus den Schulen und Hochschulen, den Schul- und Landesbibliotheken, den Verkehrsbetrieben BVG und S-Bahn, aus den Kinder- und Jugendambulanzen, den Wohnungsbaugesellschaften und vom Flughafen. Dabei sind hauptsächlich zwei Abweichungen vom normalen, sozialversicherten Arbeitsverhältnis zu erkennen. Zum einen die Arbeit auf Honorarbasis an Volkshochschulen und Musikschulen sowie Lehraufträge an den Hochschulen. Zum anderen die Beschäftigung in Einrichtungen, die über die Gründung von Tochtergesellschaften sowie über den Einsatz externer Träger den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes umgehen. In beiden Fällen gibt es eine Spaltung unter den KollegInnen: Einige bekommen für die gleiche Arbeit weniger Lohn als andere, oder sie haben befristete Verträge.

Im Organisationsbereich der GEW gehören zu den prekär und tariffrei Beschäftigten die Lehrbeauftragten an den Hochschulen und viele Beschäftigte im Bereich der Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit. Zudem spielt auch das System der Personalkostenbudgetierung an Schulen eine Rolle, das für eine ganze Reihe von Betroffenen zu Dauerbefristungen ohne eine Aussicht auf ein reguläres Arbeitsverhältnis führt.

Konferenz als Startpunkt einer Kampagne

Nach der ersten Veranstaltung im September 2014 wurde beschlossen, eine dauerhafte gewerkschaftliche (und keine parteiliche) Initiative zu gründen. Als ersten Schritt wird der DGB Berlin-Brandenburg im Spätherbst eine Konferenz ausrichten. Die Initiative dazu wurde unter anderem von der GEW BERLIN in den DGB getragen, nach einem entsprechenden Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz im Juni. Die Konferenz wird ein Ort des Austausches sein, innerhalb und zwischen den Gewerkschaften, mit dem Ziel, ein Arbeitsprogramm für die Beseitigung prekärer Beschäftigung im Verantwortungsbereich des Landes Berlin zu erstellen. Dazu muss der Senat zu einer Änderung seiner Politik bewegt werden.

Die Konferenz und die daraus folgende Kampagne sollen nicht das Engagement gegen die vielfältigen Formen der prekären Beschäftigung und zur Durchsetzung guter Tarifverträge ersetzen. Sie sollen einen günstigeren Rahmen für diese Kämpfe schaffen. Zudem sollen sie die konkrete Erfahrung der Solidarität über die eigene Gruppe hinaus bestätigen, die wir in den letzten Monaten erlebt haben. Zum Beispiel am 9. März, als KollegInnen aus anderen Bereichen zur Aktion vor der Vollversammlung der Vivantes-Beschäftigten gegangen sind.

Linda Guzzetti, Lehrbeauftragte am Sprachenzentrum der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

FOTO OBEN: BJÖRN KIETZMANN, UNTEN: ND/ANJA MÄRTIN

Mete-Ekşi-Preis 2015 ausgeschrieben

von Berin Arukaslan und Norbert Gundacker, Vorsitzende des Mete-Ekşi-Fonds

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte schenkt uns einen Moment eure Aufmerksamkeit. Wir brauchen wieder eure Unterstützung. Zum 24. Mal wird der Mete-Ekşi-Preis zur Förderung eines friedlichen Zusammenlebens von Kindern und Jugendlichen in Berlin ausgeschrieben. Preiswürdig sind Initiativen, Projekte und Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen in Berlin, die sich beispielhaft engagieren im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, für ein friedliches Zusammenleben und für eine Stadt ohne Rassismus.

Mit dem Preis werden Personen, Gruppen oder Einrichtungen ausgezeichnet, die sich im oben genannten Sinne verdient gemacht haben. Bitte hängt das Plakat, das von einem Auszubildenden an der Ernst-Litfaß-Schule, OSZ Druck- und Medientechnik entworfen wurde, an gut sichtbaren Stellen aus, verschickt die Postkarten – gerade in Zeiten von E-Mail und SMS. Sie wurden mit der Vertrauensleutepost an die Schulen und zahlreiche andere Bildungseinrichtungen verschickt. Entscheidend aber ist es, Vorschläge zu machen, wer ausgezeichnet werden sollte. Sprecht in Frage kommende junge Menschen an und ermutigt sie, sich zu bewerben. Das Bewerbungsverfahren ist einfach und formlos. Eingereicht werden können Schreiben, aber auch Daten- und Tonträger (DVD, CD-R, CD, Speicherstick).
Über die Vergabe entscheidet eine unabhängige Jury, die vom Verein berufen wurde. Entscheidend ist außerdem, dass wir die jeweiligen AnsprechpartnerInnen der Projekte schnell erreichen können, weil zwischen Bewerbungsschluss und Preisverleihung wenig Zeit bleibt. Deshalb ist eine vollständige Adressangabe mit Telefon und E-Mail-Adresse wichtig.

Mete-Ekşi-Preis 2015

WANN? WIE? WO?

- Die Bewerbungsunterlagen gibt es unter www.mete-eksi-preis.de
- Abgabeschluss der Bewerbungen ist der 9. Oktober 2015.
- Der Preis ist mit insgesamt 3.000 Euro dotiert.
- Die Preisverleihung erfolgt am 14. November 2015.
- Bitte auch den Spendenaufruf beachten, damit der Preis weiterhin jugendliches Engagement unterstützen kann.

ANZEIGE

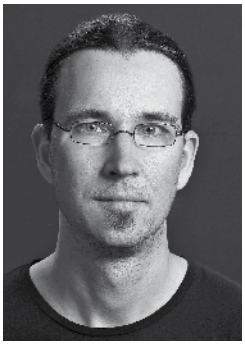
GRIPS

Ein Fest bei Baba Dengiz

von Volker Ludwig | ab 4. Klasse
Schulvorstellungen 24. September, 10.00 Uhr | 9. und 12. Oktober, 10.00 Uhr
GRIPS Hansaplatz Altonaer Straße 22, Berlin | U9 Hansaplatz | S Bellevue | 030 - 39 74 74 - 77 | grips-theater.de

FOTO: PRIVAT

Jan Quast



ist 41 Jahre alt und arbeitet als angestellter Berufsschullehrer in den Fächern Elektrotechnik und Sozialkunde am OSZ IMT, aktuell in Elternzeit. Er ist per Zufallspfeilwurf aus der Mitgliedsdatei »erwählt« worden.

Was regt dich im Augenblick am meisten auf?
Unsere Wohnungssuche. Das macht im Augenblick in Berlin wirklich keinen Spaß.

Drei Begriffe, die dir spontan zur GEW einfallen?
Tolle Seminare, kompetente AnsprechpartnerInnen, Kabaretteinlagen von Udo auf den Personalversammlungen.

Was würdest du an deiner Tätigkeit am ehesten ändern?
Die starren Unterrichtszeiten und mehr Team-Teaching.

Was wünschst du dir von deiner Gewerkschaft?
Mehr positive Öffentlichkeitsarbeit für den Beruf der Lehrkraft, auch in Berlin. Aktuell habe ich das Gefühl, dass die GEW eher davon abrät, LehrerIn zu werden. Oder eine Maschine zum Lehrkräftebacken.

Was gefällt dir an deinem Beruf?
Unterrichten macht mir Spaß, der Kontakt mit den SchülerInnen und der Austausch mit den KollegInnen.

Welches politische Amt würdest du am liebsten einen Monat lang ausüben?
Bassist bei den Ärzten.

Der gute Geist der Seminare

Angela Thaller-Frank geht in den Ruhestand.

von Udo Jeschal, Geschäftsführer der GEW BERLIN

Angela Thaller-Frank verabschiedet sich nach 26 Jahren Tätigkeit für die Berliner GEW am 1. September in den Ruhestand. Angela wurde 1989 als Sekretärin für die »Diesterweg-Hochschule e.V.« eingestellt. Die traditionsreiche Erwachsenenbildungseinrichtung war wenige Jahre vorher ein eigenständiger Verein geworden, wurde aber materiell weiterhin zu annähernd 100 Prozent von der GEW BERLIN finanziert.

Als die GEW BERLIN im Jahr 1999 beschloss, den Bereich »Gewerkschaftliche Bildung« massiv auszubauen, um auf die veränderten Fortbildungsbedürfnisse der KollegInnen eingehen zu können, wechselte Angela den Arbeitsplatz und wurde direkt für die GEW BERLIN tätig. Ihre reichhaltigen Erfahrungen bei der Diesterweg-Hochschule kamen nun also der Gewerkschaftlichen Bildung zugute. In den 32 Halbjahres-Programmen, die sie seitdem organisiert und koordiniert hat, setzte sie immer wieder eigene Akzente,

weil sie mitbekam, wo unseren Mitgliedern der Schuh drückt, welche Fortbildungen besonders gefragt sind und wo sich Themen für neue Seminare anbieten. Nicht zuletzt deswegen wuchs das Programm und damit auch die Zahl der TeilnehmerInnen: Heute besuchen jährlich rund 2.000 KollegInnen die Seminare. Viele Mitglieder schätzen dieses Angebot außerordentlich, das inzwischen eines der wichtigsten Serviceleistungen unseres Landesverbandes geworden ist. Freundlich, dabei durchaus bestimmt und durchsetzungsfähig managte Angela diesen ständig wachsenden Bereich. Seit einigen Jahren gemeinsam mit Fabian Klasse, der nun ihre Position übernimmt.

Liebe Angela, wir wünschen dir alles Gute für den neuen Lebensabschnitt und hoffen, dass du noch das eine oder andere Mal den Weg in die Ahornstraße findest – vielleicht bei einem der vielen Seminarangebote, die wesentlich unter deiner Ägide entstanden sind? Wir, die KollegInnen aus der Geschäftsstelle, werden dich mit Sicherheit vermissen.

Der Bereich »Gewerkschaftliche Bildung« erhält nach Angelas Ausscheiden gleich wieder Verstärkung. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Dana Geist in ihrer neuen Rolle. Dana war bisher studentische Beschäftigte im Vorstandsbereich »Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit«. Ab September wird sie als Sekretärin für die »Gewerkschaftliche Bildung« einsteigen – herzlich Willkommen, liebe Dana.

Arbeit ist das halbe Leben – und was kommt dann?

Wir weisen auf ein spezielles Angebot zwischen Beruf und Ruhestand hin.

von Monika Rebitzki und Reinhard Selka, SeminarleiterInnen

Das Ausscheiden aus dem Berufsleben ist ein ebenso krasser Einschnitt wie die Einschulung. Wie viele Stunden in der Woche hast du bisher mit Berufsarbeit verbracht? Diese Zeit wird jetzt frei und kann/muss neu bedacht werden. Nimm dir Zeit dafür, damit es ein erfüllter Ruhestand wird.

»Fit für den Ruhestand?!« heißt unser Seminarangebot, das wir schon zum sechsten Mal für GEW-Mitglieder im Übergang zum Ruhestand durchführen. Die monatlichen Treffen im Winterhalbjahr von Oktober bis März sind jeweils freitags von 17-19 Uhr im GEW-Haus. Übergänge im Leben sind immer mit freudigen Erwartungen und Neugier aber auch häufig mit Unsicherheit oder gar Angst verbunden. Gern möchte man/frau nun vielleicht einfach in den Tag hineinleben – aber wird das denn so einfach gehen? Gibt es nicht PartnerInnen, Eltern oder Kinder, die plötzlich andere Erwartungen haben (»Du hast ja jetzt Zeit!«). Andererseits fehlt die gewohnte Zeitstruktur und es brechen berufliche Kontakte weg, es entsteht eine Leere, die neu gefüllt werden muss.

Gemeinsam im Austausch mit gleichermaßen »betroffenen« KollegInnen, unseren Inputs und unserer Strukturierung kommen alle am Ende zu mehr Sicherheit für die ersten Schritte im Ruhestand. Mit der Nr. 15-S-2027 steht es im Bildungsprogramm in der Juli-blz oder unter »Seminare« auf der GEW-Seite: www.gew-berlin.de. Dort kann man sich per Mail oder telefonisch (030 / 21 99 93-0) anmelden. Wir, Monika Rebitzki von den Jungen Alten und Reinhard Selka, haben das Konzept erarbeitet und erprobt. Wir sind beide inzwischen im unruhigen Ruhestand und verbringen in der GEW einen Teil der gewonnenen Freizeit.

Noch Fragen? Meldet euch bei uns: Monika Rebitzki, Diplom-Pädagogin und Mediatorin und Reinhard Selka, Diplom-Soziologe. E-Mail: monika.rebitzki@arcor.de; selka@arcor.de, Telefon: 030/4 71 61 74

FOTO: PRIVAT

POST AN DIE REDAKTION

Fortsetzung von Seite 5

tungsreserve an jeder Schule mit pädagogisch adäquat qualifizierten Lehrkräften, um Unterricht möglichst fachgerecht vertreten zu können. Bei einer Umsetzung profitieren alle Beschäftigten von weniger Mehrarbeit und alle SchülerInnen von einer verbesserten Unterrichtsqualität durch weniger Ausfall. Deshalb bitten wir alle Leserinnen und Leser der blz das Volksbegehren zu unterstützen. *Stephan Hell und weitere 17 UnterzeichnerInnen*

Volksbegehren Unterrichtsgarantie, *blz Juli-August 2015*

Schade, dass die Initiatoren des Volksbegehrens anscheinend einen sehr eingeschränkten Blick auf die Berliner Schullandschaft haben. Ich hätte es für gut befunden, wenn die GEW BERLIN gemeinsam mit ihnen für eine gesetzliche Regelung zur Gewährung einer zehnprozentigen »Vertretungsreserve« eingetreten wäre. Die Abstimmung in der Landesdelegiertenversammlung zeigt mir, dass es dafür noch nicht zu spät ist. Ist der Begriff der »Fachlehrkraft« wirklich erforderlich? Unterrichtsfächer wie ITG, Darstellendes Spiel, Psychologie oder Wirtschaft würde es heute in allgemeinbildenden Schulen nicht geben, wenn man diese nur mit einem entsprechenden Studium hätte unterrichten dürfen. Ich meine damit nicht, dass jede/r alles unterrichten kann beziehungsweise soll. Es gibt aber immer wieder Situationen, wo es sogar hilfreich ist, ein anderes Fach unterrichten zu wollen und zu können. In dem Artikel ist Tom Erdmann auf verschiedene Aspekte eingegangen, die Zweifel an dem Volksbegehren hervorgerufen haben. Das kann ich gut nachvollziehen. Wie soll aber eine verlässliche »Vertretungsreserve« besser abgesichert werden als mit einer gesetzlichen Regelung? Dazu hat Tom nichts geschrieben. *Holger Dehring*

Mein Kopf gehört mir, *blz Juli-August 2015*

Es ist erstaunlich, welche Projektionsfläche so ein Stück Stoff bieten kann. Etwas Entspannung und auch professionelle Distanz wäre mehr als angebracht. Vor allem sollte man sich mit den direkt Betroffenen austauschen und siehe da, da ist es in den Köpfen unter den Kopftüchern so unterschiedlich und bunt wie in allen anderen »kopftuchlosen« Köpfen auch. Neutralität! Ja, klar! Aber die sollte jeder von uns in der Schule praktizieren. Diese Professionalität Frauen mit Kopftuch von vornherein abzusprechen, ist diskriminierend! In unseren Bildungseinrichtungen ist niemand ein »Neutrum«. Da begegnen sich Menschen mit unterschiedlichen Einstellungen, Erfahrungen, Wünschen, Glaubens- und Nichtglaubensrichtungen, politischen Vorstellungen und, und, und. Ehrlich gesagt wird das eine oder andere davon nicht selten durch die Art sich zu kleiden oder aufzutreten widergespiegelt. Diese Vielfalt kennenzulernen, sich damit auseinanderzusetzen, zu akzeptieren, abzulehnen, zu tolerieren und miteinander leben zu können, soll und muss Schule vermitteln, nicht nur theoretisch sondern auch in gelebter Praxis. Das ist sicher – wie die Erfahrung immer wieder zeigt – nicht einfach und braucht immer wieder kritisches Hinterfragen und oft auch widerwilliges Akzeptieren. Aber das hängt ganz sicher nicht am Kopftuch. Alles weitere hat Yasemin wie immer klar benannt und dargestellt. *Michaela Ghazi*

Der Völkermord an den ArmenierInnen, *blz Juli-August 2015*

Ich unterstütze sehr die Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache. Aber sie kann nicht so schematisch angewandt werden, wie es in meinem Artikel erfolgt ist. Die »Armenier« sind hier als Volk gemeint und können meiner Meinung nach nicht so gegendert werden, wie es in dem Artikel durchgängig geschehen ist. Ganz und gar nicht geht es aber innerhalb von Zitaten von Buchtiteln! An anderen Stellen ist es objektiv falsch. Es gab weder osmanische Politikerinnen noch deutsche Diplomatinnen, die im Gespräch hätten sein können. Dass es keine deutschen Offizierinnen gab, wurde zwar erkannt, aber dann können die Offiziere auch nicht ZeugInnen sein! Und was soll das Wortungetüm »MitwisserInnenschaft«? So tut man der guten Sache einen schlechten Dienst. *Reinhard Brettel*

Der Völkermord an den ArmenierInnen, *blz Juli-August 2015*

»Auf dem einen Auge sehend, auf dem anderen blind?!« Der Beitrag schildert richtig und verdienstvoll die Ausrottung des armenischen Volkes. Was jedoch fehlt ist der Hinweis, dass sich der Genozid nicht nur auf dieses Volk erstreckte. Es waren das assyrische und das aramäische Volk, die gleichfalls, am selben Ort (Osmanisches Reich), zur selben Zeit, der Vernichtung ausgesetzt waren. *Joachim Neu*

ANZEIGE

GUTE SCHULE 2030

DER GRÜNE BILDUNGSKONGRESS

Samstag, 26. September 2015
im Abgeordnetenhaus von Berlin

JETZT ANMELDEN!

Welche Anforderungen werden an die Schule im 21. Jahrhundert gestellt? Wie können wir die Qualität von Schule und Unterricht für Berlin steigern? Und was brauchen die Schulen dafür?

Diskutieren Sie mit uns auf dem grünen Bildungskongress! Zu den Gästen zählen u.a. NRW-Bildungsministerin Sylvia Löhrmann und Berlins Staatssekretär für Bildung Mark Rackles.

Anmelden und weitere Informationen: www.gute-schule-2030.de

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN IM ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN

DER FILM ÜBER UNSERE DIGITALE ZUKUNFT

AB 12. NOVEMBER IM KINO

»PERSÖNLICHE DATEN GEHÖREN DER PERSON.«
Viviane Reding, Ehem. EU-Kommissarin

»VIELE LEUTE SAGEN, DATEN SIND DAS »NEUE ÖL«, DAS ÖL DES 21. JAHRHUNDERTS. ÖL HAT UNSER LEBEN VERÄNDERT. UND DATEN WERDEN DASSELBE TUN.«
John Boswell, Justiziar, Softwarehaus SAS

»DATENSICHERHEIT IST EIN GRUNDRECHT. WOLLT IHR MEINE DATEN, DANN FRAGT MICH, OB ICH DAMIT EINVERSTANDEN BIN.«
Jan Philipp Albrecht, MdEP, EU-Berichterstatter

DEMOCRACY

IM RAUSCH DER DATEN

VOM PREISGEKRÖNTEN REGISSEUR DAVID BERNET

Datenschutz ist ein Thema von höchster gesellschaftlicher Relevanz. Aktuell wird in Brüssel um die neue EU-Datenschutzreform gerungen. In dem spannenden Kino-Dokumentarfilm DEMOCRACY – IM RAUSCH DER DATEN eröffnet David Bernet einen erstaunlichen Einblick in den Gesetzgebungsprozess: Zum ersten Mal in der Geschichte der EU konnte ein Filmteam tief ins Innere der EU vordringen und die Entstehung eines Gesetzes filmisch begleiten.
Der mitreißende Film vermittelt dabei eindrucksvoll die Relevanz der Europäischen Union. Politik und Demokratie werden (be-)greifbar.

Schulvorstellungen sind bereits ab dem offiziellem Kinostart am 12. November möglich.

Bitte wenden Sie sich an Ihr Wunschkino vor Ort oder an **dispo@farbfilm-verleih.de.** Wir sind Ihnen bei der Organisation gerne behilflich.

Schulmaterial zum Film steht Ihnen kostenlos ab Mitte September zum Download unter www.democracy-film.de zur Verfügung.

BLZ-SEITEN FÜR DAS GEHOBENE ALTER

SenioRita

AUSGABE XXVI ALTERSABHÄNGIG SEPTEMBER 2015

Die EXTRA-SEITEN der blz

Die GEW könnte erfolgreicher sein

Ulrich Thöne ist seit zwei Jahren im Ruhestand. Wir fragten den ehemaligen GEW-Vorsitzenden nach seinen Erfahrungen und danach, was er heute anders machen würde.

Das Gespräch führten Dieter Haase und Klaus Will

Ulrich, als Vater von drei Töchtern bist du eigentlich gut sozialisiert für den Vorsitz einer Gewerkschaft, die überwiegend Frauen organisiert. Haben dir deine Erfahrungen in deiner Frauengruppe in der politischen Arbeit genutzt?

Ja, ganz sicher. Ich war vergleichsweise gut drin in all den Themen, die damit zu tun haben. Das hat allerdings auch mit meiner Ausbildung an meiner Schule zu tun. Ich war ja an einer Schule mit fast 4.000 jungen Mädchen und vielleicht mal drei oder vier Jungen dabei.

Das war das OSZ Gesundheit in Wedding!

Genau. Da war ich die ganze Zeit konfrontiert mit der Frage der Benachteiligung der Frauen. Ich hatte also nicht nur zuhause eine Frauengruppe, sondern war auch in der Schule fast nur von Frauen umgeben.

Ulrich, sechs Jahre Vorsitzender der GEW BERLIN, acht Jahre Vorsitzender der Bundes-GEW. Da hast du dir den Ruhestand 2013 redlich verdient. Oder war das alles ganz locker?

Nein, locker war das nicht. Man muss ja auch locker lassen wollen, das ist nicht immer so einfach nach all den Jahren und vor allem mit all den Sachen, die man gerne noch erledigt hätte oder zu Ende führen wollte. Da muss man dann einen harten Schnitt machen. In meinem Fall war die Entscheidung wegen meiner Krankheit notwendig geworden.

FOTO: KAY HERSCHELMANN

ULRICH THÖNE

ist Jahrgang 1951. Nach einer Lehre als Bankkaufmann studierte er auf Lehramt und war von 1986 bis 1995 Berufsschullehrer am OSZ Gesundheit. Von 1999 bis 2005 war er Vorsitzender der GEW BERLIN, und von 2005 bis 2013 Bundesvorsitzender der GEW. Er trat aus Altersgründen nicht wieder an. Im Jahr 2007 wurde er in den Vorstand der internationalen Lehrergewerkschaft »Education International« (EI) gewählt. Im Februar 2014 ehrte ihn die türkische Bildungsgewerkschaft Eğitim Sen für seinen Einsatz für verfolgte Lehrkräfte in der Türkei.

Du meinst die Folgen deines Bergsteiger-Unfalls 2001?

Nein, nein. Den Sturz habe ich eigentlich gut verarbeitet. Aber das Problem ist ein anderes Leiden, leider. Ich habe eine Krankheit geerbt, und zwar die Ataxie. Während meiner Zeit als Vorsitzender habe ich diese Krankheit oft verdrängen können. Ich vermute, dass die normale Reaktion eines gestressten Körpers, nämlich verstärkt Adrenalin auszustoßen, mir geholfen hat, die oft hohe Belastung auszuhalten. Aber davon mal abgesehen, ich habe die Arbeit gerne gemacht. Dennoch vermute ich, dass ich vielfach von der Substanz gelebt habe, und das geht natürlich nur eine begrenzte Zeit lang gut. Deswegen ging es mir dann im Ruhestand zunächst schlechter. Inzwischen hat sich das wieder eingependelt und ich bin zufrieden mit meinem Ruhestand. Ich habe einen ausgefüllten Tag und habe nicht das Gefühl, dass ich irgendwas noch unbedingt machen muss. Ich mache einfach, was ich möchte. Und kann endlich mal ausschlafen.

Und Trompete spielen!

Ja, das habe ich wieder angefangen; nach 45 Jahren. Es ist ein tolles Erlebnis, Musik in einer großen Gruppe zu machen. Ganz nebenbei ist das auch ein gutes Mittel zur Stärkung meiner durch den Unfall etwas lädierten Lunge.

Deine Schwerpunkte bei der gewerkschaftlichen Arbeit waren ja immer mehr tariflich geprägt, bildungspolitisch bist du weniger aufgefallen.

Nein, das stimmt so nicht. Bildungspolitik und Tarifarbeit waren Teile meiner Arbeit. Mir ging es aber vor allem um die Frage, was zu tun ist, um die öffentliche Finanzierung unserer Forderungen möglich zu machen. Denn in Zeiten wie heute, wo neoliberales Denken in den Amtsstuben des öffentlichen Arbeitgebers vorherrscht, wird Bildung abgebaut und privatisiert – allen Sonntagsreden zum Trotz. Aber gute Bildung, also die Umsetzung von als richtig erkannten bildungspolitischen und pädagogischen Konzepten ist ohne ausreichendes, gut ausgebildetes und anerkanntes Personal nicht zu haben.

Du bist Mitbegründer und immer noch aktiv in der AG Bildungsfinanzierung der GEW BERLIN.

Ja, Knut Langenbach und ich haben in den neunziger Jahren die AG ins Leben gerufen. Und die AG funktioniert nach wie vor.

Ein weiterer Schwerpunkt deiner Arbeit lag bei den internationalen Beziehungen. Du warst seit 2007 im Vorstand der internationalen Gewerkschaft »Education International«. Was macht man da eigentlich?

Tja, das ist nicht so einfach zu erklären. Denn es ist natürlich etwas anderes als die etwas bekanntere Solidaritätsarbeit. Die Arbeit bei der «Education International« (EI) geht mehr darum, sich abzustimmen, um bestimmte Projekte oder Aufgaben für alle praktikabel zu machen. Das sind ganz alltägliche Arbeitsebenen, die wenig damit zu tun haben, irgendwelche weltpolitische Veränderungen zu bewirken, sondern eher damit, für bestimmte Forderungen wie. »education for all« in mehreren Ländern gleichzeitig tätig werden zu können. Und bei Themen von größerem Interesse, wie der Haltung zu PISA oder der OECD-Bildungspolitik, gibt es in solch einem Gremium natürlich sehr unterschiedliche Positionen aufgrund der unterschiedlichen Erfahrungen und Bedingungen in den einzelnen Ländern. Auch hier muss gemeinsam gehandelt werden, obwohl die Suche nach gemeinsamen Positionen und Aktionen ziemlich am Anfang steht.

Und wie steht die GEW im Vergleich zu anderen Gewerkschaften da?

Na ja, letztlich werden alle daran gemessen, welche Mittel sie in internationale Projekte investieren können. Und da stehen die US-amerikanischen, britischen und skandinavischen Gewerkschaften ganz vorne. Da kann die GEW nicht mithalten.

Du hast dich auch sehr stark eingesetzt für die KollegInnen von Eğitim Sen, die immer wegen ihres Einsatzes vom türkischen Staat verfolgt und eingesperrt wurden. 2014, also nach deiner Zeit als Vorsitzender, bis du dafür geehrt worden. Welchen Stellenwert hatte das für dich?

Einen hohen! Die Kontakte zu Eğitim Sen sind ja schon sehr früh entstanden. Safter Çınar, in den 1980er Jahren stellvertretender Vorsitzender in der Berliner GEW, hatte das eingeleitet. Ich gehörte zur Delegation der Bundes-GEW, die 1999 die Türkei besucht hat. Die von dieser Reise stammenden Kontakte habe ich auch nach dieser Reise weitergepflegt, weil ich diese Kontakte auch aufgrund unserer Situation in Berlin wichtig finde. Denn gerade Berlin hat ja eine hohe Anzahl von Familien mit nichtdeutscher Herkunftssprache, wobei die aus der Türkei stammenden Familien besonders stark sind. Und die Frage der Integration ist hier ja auch eine Frage, wie wir mit der Türkei klarkommen. Und man muss klar benennen, dass die gegenwärtige türkische Regierung alles andere als förderlich für die Integration ist – im Gegenteil. Deswegen ist es erst recht wichtig, die anderen Kräfte in der Türkei zu unterstützen.

Noch mal zurück zu deiner Zeit als GEW-Vorsitzender. Wenn du heute zurückdenkst, was hättest du anders gemacht?

Vor allem hätte ich am Anfang viel mehr fragen sollen, auf was ich mich da eigentlich genau einlasse. Mir war damals nämlich nicht so richtig klar gewesen, was es heißt, eine föderale Organisation zu leiten. Ich glaube, dass die GEW hier großen Nachholbedarf hat. Die GEW könnte erfolgreicher sein, wenn es ihr gelänge, sich in ihren regionalen Aktivitäten besser national zu koordinieren, wie dies in der Tarifarbeit der letzten Jahre erfolgreich vorgeführt wurde. Bei aller Hochachtung vor den föderalen Strukturen, die werden erst richtig kraftvoll, wenn die GEW sich in die Lage versetzt, die neoliberale Kürzungs- und Schuldenbremsenpolitik jeweils dort anzugreifen, wo sie aktuell am schwächsten ist.

Keine Frage, die Beziehungen zwischen den Landesverbänden und dem Bundesverband müssen demokratisch geregelt sein, also keine Einbahnstraße von oben nach unten. Aber wir müssen uns klar machen, dass ein einheitliches Handeln eben auch eine starke zur Koordination fähige Instanz bedeutet.

Kannst du das verdeutlichen?

Ein konkretes Beispiel sehe ich in der Situation der in aller Regel prekär beschäftigten Dozentinnen und Dozenten für die Deutschkurse der Migrantinnen und Migranten. Dieser Bereich gehört sicher nicht zum mitgliedermäßig bedeutenden Teil der GEW. Aber wie kaum irgendwo sonst klaffen der gesellschaftliche Anspruch an ihre Arbeit und die realen Bedingungen ihrer Tätigkeit so weit auseinander. Ich vermute, dass die gesellschaftliche Unterstützung einer GEW, die von Rostock bis Freiburg gemeinsam aktiv würde, um für Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Dozentinnen und Dozenten zu streiten, sehr hoch wäre. Und genau darum ginge es. In dem Maße, wie wir zeigen können, dass wir für Viele stehen, wachsen unsere Chancen auf einen Erfolg. Und einer erfolgreichen Gewerkschaft gelingt es leichter, weitere Erfolge zu erringen.

Aber wir tun in Berlin doch eine Menge auch für kleinere Bereiche, wo wir um Tarifverträge kämpfen, Streiks organisieren.

Das macht aber genau vor allem Berlin. Hier ist viel passiert, aber wenn ich jetzt nach Orten gefragt hätte oder was die GEW bundesweit macht, dann ist da nicht viel. Hier müssten dringend die Rahmenbedingungen geschaffen werden, um einheitlich und gemeinsam etwas auf den Weg bringen zu können. Hier muss schnellstens ein Bewusstsein geschaffen werden, dass auf Dauer diese föderalen Alleingänge uns nicht viel weiter bringen.

Bei den Lehrbeauftragten der Hochschulen sind wir auf einem guten Weg, oder?

Ja, aber das ist genau ein Beispiel für das, was ich meine. Das muss verstärkt werden, und zwar systematisch und weniger zufällig.

Noch etwas, was du anders machen möchtest?

Ja, ich würde mich viel stärker als Vorsitzender an der Arbeit meines Landesverbandes beteiligen und mich dort einbringen. Denn nur so bekommt man die Erdung, die man als Bundesvorsitzender dringend braucht. Der Kontakt und der Austausch mit der eigentlichen politischen Heimat sind sehr wichtig, um Entscheidungen treffen zu können. Wie sonst bekommt man ein Gefühl dafür, wie bestimmte Fragen von vielen Kolle-

ginnen und Kollegen gesehen werden? Der Hauptvorstand ist dazu nicht ausreichend. Hier ringen Landesverbände und der Bundesvorstand um die Durchsetzung ihrer jeweiligen Vorstellungen. Da ist im Einzelfall auch viel sachfremde Taktik im Spiel. Deshalb ist es für die Findung der eigenen Meinung wichtig, dass man weiterhin in den Basisstrukturen verankert ist und die Diskussion dort mitbekommt und selbst führt.

Hättest du denn Zeit dafür gehabt?

Zeit hat man nie. Die muss man sich einfach nehmen. Und ich habe auch viel Zeit in Sachen investiert, bei denen dann nichts rausgekommen ist. Man muss eben auswählen, alles geht ohnehin nicht.

Das ist doch ein guter Schlusssatz. Wenn du nicht noch etwas loswerden willst, würden wir hier Schluss machen.

Doch, ich habe noch was: Die Entwicklung in Europa ist bedenklich. Und es herrscht in einem Teil Europas Krieg. Weltweit gewinnt die Rüstung an Bedeutung und die kriegerischen Auseinandersetzungen nehmen zu. Die Zigtausend Flüchtlinge zeugen davon. Wie Europa, wie die deutsche Regierung damit umgeht, ist erbärmlich. Denn sich abzuschotten und ausgeklügelte Waffe zu liefern, statt zu helfen, macht alles nur noch schlimmer.

Ulrich, wir danken dir für das Gespräch!

Dieter Haase und Klaus Will, Seniorita-Redaktion

Viva la musica

Der GEW-Chor probt und berät in der Musikakademie Rheinsberg.

von Peter Sperling, Junge Alte

Singen als Ausdruck der Lebensfreude, der sinnstiftenden Beschäftigung im Tagesablauf und der Möglichkeit geselligen Beisammenseins ist seit Jahrtausenden Brauch und die Relevanz dieser Feststellung lässt sich anhand der Anzahl der in Berlin wirkenden Chöre anschaulich untermauern. Auf der Webseite des Berliner Chorverbandes lesen wir: »Der Chorverband Berlin e.V. ist die größte Amateurmusikorganisation der Hauptstadt und das wichtigste Forum der Berliner Laienchorszene. Er umfasst etwa 260 Ensembles mit ungefähr 10.000 Personen. Darunter sind gemischte große und kleine Chöre, Kammerchöre, Vokalensembles, Männer-, Frauen-, Kinder-, Jugend-, Schul-, Senioren- und Shantychöre, Gospel-, Pop- und Jazzformationen, Chöre aus unterschiedlichen Kulturkreisen, Kantoreien, Kirchen- und Oratorienchöre sowie Instrumentalgruppen und Orchester mit einem Bezug zum Chorgesang.«

Auch wir im GEW-Chor haben uns auf unserem Seminar vom 1. bis 3. Juni in Rheinsberg mit dem Chorverband Berlin befasst und nach längerer Diskussion beschlossen, dem Chorverband beizutreten. Er bietet uns Unterstützung in der Außenwirkung und Sicherheit bei unseren Auftritten vor der GEMA-Falle.

Da wir in der Regel nur zweimal monatlich eine Chorprobe im GEW-Haus in der Ahornstraße haben, bei der keine Gelegenheit zu einem längeren Gedankenaustausch über Inhalt und Ziele des Chors besteht, haben wir uns zum zweiten Mal in Rheinsberg zu einem Seminar getroffen, um ausgiebig unser Repertoire üben und vertiefen zu können. Andererseits hatten wir genügend Zeit, um uns mit organisatorischen und musikübergreifenden Fragen zu befassen. Und es blieb auch noch Zeit für das kulturelle Angebot in Rheinsberg: Außer der Schloss- und Schlossparkbesichtigung waren noch eine Stadtführung möglich, und wir lernten einen ortsansässigen Künstler kennen, der Fundstücke zu Skulpturen verschiedenster Art verarbeitet.

Der GEW-Chor hat aktuell rund 50 Mitglieder, wovon wegen der Reisefreudigkeit von RuheständlerInnen, aus denen der Chor zum größten Teil besteht, aber immer ein Drittel fehlt. Die neun Männer darunter singen alle im Bass. Wir können also noch Verstärkung auf dieser Seite gebrauchen. Da Tenöre in der Regel sehr selten sind, üben wir auch vierstimmige Chorsätze ein, in denen der Alt in zwei Stimmen aufgeteilt wird, sodass ein gewisser Tenorersatz vorhanden ist. Unser Chorleiter Gerd Schrecker, aber auch Chormitglieder sorgen für die ständige Erweiterung unseres Repertoires. Inzwischen haben wir uns für verschiedene Anlässe Chorstücke erarbeitet, sodass wir sowohl auf Kulturfesten als auch bei Jubiläen und Gedenkveranstaltungen auftreten können. So beim INTERKULTURELLEN TREFFPUNKT im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt, bei einer Benefizveranstaltung für das »AYUDAME – Kinderhilfswerk Arequipa e.V.« und bei der alljährlichen Jubiläumsfeier für langjährige Mitglieder der GEW.

Neue Stimmen sind bei uns immer willkommen. Die Termine stehen auf der GEW-Internetseite und in der *blz*.

Peter Sperling, Junge Alte

FOTOS OBEN: (RE) KAY HERSCHELMANN, (LI) C. SIKORA; MITTE/ UNTEN: PRIVAT

Die AnwohnerInnen der Kyritz-Ruppiner Heide im Norden Brandenburgs schlossen sich bereits 1992 zur Bürgerinitiative »Freie Heide« gegen den geplanten Übungsplatz der Bundeswehr zusammen. Nach 17 Jahren Protest und 27 Klagen verzichtete die Bundeswehr auf den »Luft-Boden-Schießplatz Wittstock«. Am 2. Juli besuchte eine Gruppe der Jungen Alten und der AG Friedenserziehung und Friedenspolitik der GEW Berlin die freie Heide. FOTO: ULRIKE LAUBENTHAL

Gewinn auf beiden Seiten

Ein Bericht über die ehrenamtliche Tätigkeit als Mentorin in einem Projekt zur Verhinderung von Ausbildungsabbruch.

von Ingrid Thiemann

Die Jungen Alten pflegen einen monatlichen Stammtisch. Dort gibt es Gelegenheit, sich auszutauschen und Aktivitäten zu organisieren. Ein Thema ist das Ehrenamt. Mir war schon immer klar, dass ich im Ruhestand ehrenamtlich tätig werden wollte. So arbeite ich als Lesepatin an einer Brennpunktschule. Ich war außerdem als Mentorin für Flüchtlinge und MigrantInnen tätig. Hier habe ich sprachliche Unterstützung geleistet und den Mentees (das ist das Pendant zu MentorIn) die schönen Seiten von Berlin gezeigt. Diese Projekte sind leider aus finanziellen Gründen nicht weitergeführt worden.

Was bringt Mentoring?

Im Moment bin ich als Mentorin in einem Projekt tätig, in dem es um die Unterstützung von Auszubildenden geht, mit dem Ziel, einen Ausbildungsabbruch zu verhindern. Hier begleite ich eine 26-jährige kurdischstämmige Deutsche, die eine Ausbildung zur Erzieherin absolviert. Der Begriff Mentoring ist abgeleitet aus der griechischen Mythologie. Bevor Odysseus in See stach, übergab er seinen Sohn an Mentos, der ihm ein Freund und Erzieher sein sollte. Ganz so anspruchsvoll ist ein heutiges Mentorat sicher in den wenigsten Fällen. Konsens besteht darin, dass Mentoring nur dann funktioniert, wenn es zu einer Win-Win-Situation führt. Und so ist es auch, wenn ich die letzten 14 Monate zurückschaue. Meine Mentee besucht mich einmal wöchentlich für 90 Minuten. In dieser Zeit geht es um die sprachliche Unterstützung ihrer schulisch-beruflichen Angelegenheiten. Ich fördere sie beim Ausbau ihrer Schreibkompetenz. Sie muss Praktikumsberichte verfassen, schriftliche Hausaufgaben erledigen und Projekte und Planungen einreichen. Nebenbei erfahre ich sehr viel über die aktuelle ErzieherInnenausbildung. Für mich ist es auch eine Bereicherung, dass meine beruflichen Ressourcen (ich war Deutsch-Lehrerin) zum Einsatz kommen. Das ist die fachliche Ebene.

Darüber hinaus erschließt sich mir durch diese Treffen ein ethnisches System und ich machte eine interkulturelle Erfahrung, die ich sonst so nicht kennenlernen würde. Man liest viel über MigrantInnenfamilien; ich stelle in der Begegnung mit meiner Mentee fest, dass viele der Stereotype nicht zutreffen. Die Eltern meiner Mentee legen großen Wert auf die berufliche Bildung ihrer fünf Töchter und die Vermittlung von Werten. Meine Mentee lehnt zum Beispiel das Tragen eines Kopftuches ab und ist unerbittlich, wenn es um die Frage geht, ob Erzieherinnen Kopftuch tragen dürfen.

Und wie sieht meine Mentee das Mentorat? Sie hatte, bevor wir damit begannen, große Versagensängste, was die Ausbildung anbelangte. Diese Ängste konnten abgebaut werden, weil wir gemeinsam über die Anforderungen reden und sie realistisch einordnen. So bedeutet eine «in den Sand gesetzte Klausur« nicht gleich das Ende der Ausbildung. Wichtig war auch, dass wir die Lehrerin mit einbezogen haben. Allerdings ist eine Veränderung nicht nur auf das Mentorat zurückzuführen. Es kann Impulse setzen; es ist eine Brücke oder ein Geländer, aber die Auszubildende muss ihren Weg allein gehen.

Was mir an diesem Projekt auch gefällt, ist der regelmäßige Jour fixe, an dem sich die MentorInnen austauschen. Er sieht im ersten Teil einen Erfahrungsaustausch vor, im zweiten Teil steht ein von der Projektkoordination vorbereiteter fachlicher Input an.

Das Mentoring-Projekt »Miteinander lernen. Auszubildende treffen Lehramtsstudierende« wird durchgeführt von der Einrichtung »Meslek Evi – Berufsförderung« und ist angesiedelt bei dem von der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen aufgelegten Landesprogramm Mentoring. Es gibt eine Aufwandsentschädigung von 20 Euro im Monat. Im Rahmen des Projekts »Meslek Evi – Berufsförderung« wird die Idee verfolgt, Lehrkräfte im Ruhestand für dieses Vorhaben zu gewinnen, da sie mit ihrem pädagogischen Handlungswissen gut wirksam werden können. Dies kann ich als Mentorin und Lehrkraft im Ruhestand bestätigen. Darüber hinaus finde ich den Austausch mit Lehramtsstudierenden – also der neuen Generation unserer KollegInnen – interessant, und ich konnte diesbezüglich neue Einsichten gewinnen. ■

An diesem Mentoring-Projekt Interessierte können sich melden bei Meslek Evi – Berufsförderung, Ansprechpartnerin: Annette Müller 030/ 6 18 57 72.

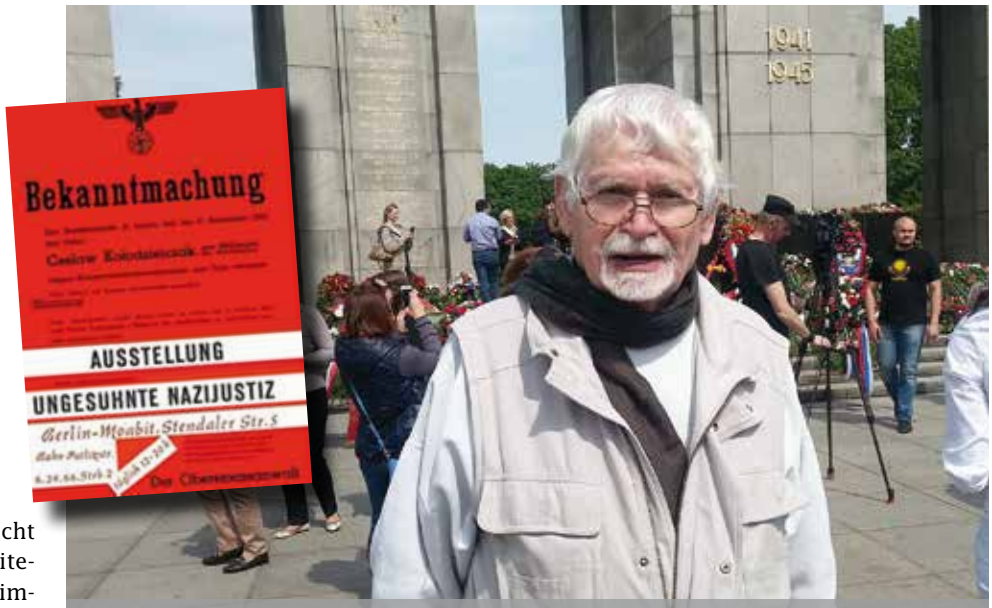
Ingrid Thiemann ist pensionierte Lehrerin und bei den Jungen Alten der GEW BERLIN aktiv.

FOTO: ULRIKE LAUBENTHAL/UNTEN: PRIVAT

Ein vergessener, unbequemer Befreier

Der Umgang mit Reinhard Strecker und der Ausstellung »Ungesühnte Nazi-Justiz«.

von Matthias Burchard



Reinhard Strecker, der Initiator der historischen Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz« im Mai 2015 vor dem sowjetischen Ehrenmal in Tiergarten. Daneben das Plakat zur Ausstellung in Berlin im Februar 1960. FOTO: BURCHARD

Neun Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges kehrte Reinhard Strecker nach Aufenthalten in Italien und Frankreich nach Deutschland zurück. Als Student der Freien Universität (FU) erlebte er in Berlin, wie Personal aus der NS-Zeit das aktuelle mentale und politische Klima prägte. Strecker startete eine Petition an den Bundestag zur juristischen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen in Medizin und Justiz. Diese Petition scheiterte.

Davon ließ sich Reinhard Strecker nicht entmutigen. Gemeinsam mit MitstreiterInnen startete er im eigenen Wohnzimmer in der Zimmermannstraße 14 in Steglitz den Aufbau einer Personalkartei mit ehemaligen NS-Medizinern und Juristen. Insgesamt etwa 100 Studierende verschiedenster Hochschulgruppen, der deutsch-israelischen Studierendengruppe an der FU bis hin zum leitenden Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) halfen tatkräftig bei der mühsamen Recherche. Sie gipfelte in der Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz«, die im Februar 1960 in einer privaten Galerie in Charlottenburg und in anderen Universitätsstädten gezeigt wurde. Es gelang, Unrechtsurteile aus nationalsozialistischer Zeit zusammenzutragen, der Öffentlichkeit zugänglich und die verantwortlichen Richter, Staatsanwälte und Mediziner namhaft zu machen.

Die Ausstellung wurde als Tabubruch empfunden. RechtspolitikerInnen aller Parteien verwahrten sich gegen den Angriff auf die Richter. Rasch war der Vorwurf bei der Hand, es handele sich um gefälschtes Material und die linken Studierenden betrieben Propaganda im Sinne der DDR. Die SPD distanzierte sich als Partei nicht nur rasch von der kontroversen Aktion, sondern schloss die beteiligten Studierenden aus der Partei aus. In Berlin gab der Senat unter Willy Brandt eine Erklärung gegen die Ausstellung ab, lies die Nutzung von Räumlichkeiten an den Unis untersagen und bat Lehrkräfte, die Ausstellung nicht zu besuchen.

Effektive Protektion kam durch den damaligen Generalbundesanwalt, der die Echtheit der Akten öffentlich bestätigte. Sehr wichtig war die Unterstützung der polnischen Regierung sowie eine Einladung im April 1960 ins britische Unterhaus nach London. Strecker hatte dort Gelegenheit, vielen Abgeordneten die personellen Kontinuitäten und den Unwillen zur Aufarbeitung von NS-Justizverbrechen in der BRD darzulegen. Die Empörung auf der abschließenden Pressekonferenz war groß. Kurz danach sah sich Konrad Adenauer genötigt, die für Mai 1960 geplante Verjährung von schweren NS-Verbrechen fallen zu lassen. Strafanzeigen gegen 43 Nazi-Richter im Amt zwangen die Behörden, Ermittlungen aufzunehmen. Es folgten lebhafte öffentliche Diskussionen, Gesetzesänderungen und das vorzeitige Ausscheiden aus dem Amt von etwa 150 schwer belasteten NS-Juristen.

Für die InitiatorInnen der Ausstellung und Reinhard Strecker selbst hatte die Gesellschaft jedoch keinen Dank, sondern nur Ablehnung zu bieten. Morddrohungen, der Ruin der akademischen Karriere, sogar die versuchte Entführung seiner Kinder musste Strecker erleben. Bis heute ist seine Arbeit nicht ausreichend gewürdigt. Erst im Jahr 1989 ordnete das Bundesministerium für Justiz die Ausstellung als bedeutend ein. Es hat volle 55 Jahre Zeit gebraucht, bis der Vorsitzende der SPD – Sigmar Gabriel – im Oktober 2014 seinen »Dank und höchsten Respekt« für das Lebenswerk des Reinhard Strecker aussprach. Im August wurde ihm mit 84 Jahren nun endlich das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Auch für uns in Steglitz sollte sein Wirken mehr Gedenken wert sein. Eine Gedenktafel an der Zimmermannstraße 14, seinem damaligen Wohnort, ist das Mindeste, was Freie Universität, Senat und Bezirk erwirken können. Wir sollten Zeit und Raum für würdige ZeitzeugInnengespräche bieten. ZeitzeugInnen der damaligen Ausstellung sind ein großes Geschenk an uns. Wir sollten sie schnell einladen, ihnen zuhören, solange sie noch unter uns sind. Die Zeit ist reif.

Matthias Burchard, Vorstandsmitglied im Verein zur Völkerverständigung mit Mittel-, Süd- und Osteuropa e.V.

FOTO: DW/B. KNIGHT, WIKIPEDIA

DAS RINGEN UM

Viele Integrierte Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen ohne gymnasiale Oberstufe verzeichnen einen zu geringen Zulauf an SchülerInnen mit einer Gymnasialempfehlung. Dies zu ändern war der Auftrag einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Klaus Brunswicker, die von Bildungssenatorin Sandra Scheeres ins Leben gerufen wurde. In der blz stellt der ehemalige Schulleiter der Sophie-Scholl-Schule seine Reformvorschläge vor. Ronald Rahmig, Schulleiter des Oberstufenzentrums Kfz-Technik, nimmt kritisch Stellung.

Abbau der verdeckten Dreigliedrigkeit

Das Konzept, Oberstufen im Verbund an Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen zu etablieren, könnte eine neue Chance für ein echtes zweigliedriges Schulsystem sein.

von Klaus Brunswicker

Wir erinnern uns: Ziel der Schulstrukturreform von 2010 war die Schaffung eines Zwei-Säulen-Modells, das aus Integrierter Sekundarschule (ISS) oder Gemeinschaftsschule (GemS) einerseits und Gymnasium andererseits bestehen sollte. Wichtig war, dass im Sinn einer größeren Bildungsgerechtigkeit in beiden Schulformen der direkte Weg zum Abitur als einem der möglichen Abschlüsse gesichert sein sollte.

2010 wurde weitgehend darauf verzichtet, den ISS und Gemeinschaftsschulen eigene Gymnasiale Oberstufen (GO) anzugliedern. Stattdessen sollten die ISS/GemS verbindliche Kooperationsverträge mit Oberstufenzentren (OSZ) schließen, die die SchülerInnen nach erfolgreichem Abschluss der zehnten Jahrgangstufe übernehmen und zum Abitur führen. Dieses Modell ist keineswegs gescheitert, aber es hat auch nicht alle Erwartungen erfüllen können. Vielmehr zeigt sich, dass 80 Prozent der Kinder, die mit einer Gymnasialprognose an eine ISS/GemS übergehen, von ihren Eltern an einer der alten Gesamtschulen oder Gemeinschaftsschulen mit eigener GO angemeldet werden. Dies sind aber nur rund ein Drittel aller ISS/GemS. Anders als gewollt, hat sich dadurch nicht das angestrebte »Zwei-Säulen-Modell« etabliert. Unter der Hand entstand wieder eine Dreigliedrigkeit in neuer Form.

Ein Vorschlag, der Hoffnungen weckt

Was tun? Eine von Bildungssenatorin Sandra Scheeres eingesetzte Arbeitsgruppe hat einen Vorschlag erarbeitet, der einen möglichen Weg aus dem beschriebenen Dilemma aufweist: ISS/GemS erhalten die Möglichkeit, im Verbund untereinander oder mit einem OSZ eine gemeinsame GO zu gründen. Dafür müssen sie eine enge Kooperation bereits für die Sekundarstufe I vereinbaren. Die Kooperation soll nicht oktroyiert, sondern von den Gremien der beteiligten Schulen gemeinsam beantragt werden. Auf keinen Fall soll es eine bloß auf die Sek I aufgepfropfte GO werden. Die Lehrkräfte müssen in beiden Sekundarstufen arbeiten. Dabei kann die elfte Jahrgangsstufe in der Regel an den beteiligten Schulen eines Verbunds eingerichtet werden. Für das Kurssystem schlagen wir unterschiedliche Möglichkeiten vor, je nach Situation vor Ort:

- Ein gemeinsamer Standort außerhalb der am Verbund beteiligten Schulen,
- eine Aufteilung festgelegter Leistungskurskombinationen auf die Schulen oder auch, falls nicht anders möglich,
- die Nutzung der räumlichen Kapazitäten an nur einer der Schulen.

Dabei gehen wir von einer absoluten Untergrenze von mindestens 50 SchülerInnen aus, besser wären 75, aber wir wollten gegenüber den jetzigen Vorgaben bewusst keine Verschärfung fordern.

Die SchülerInnen bleiben in unserem Konzept rechtlich bis zum Abitur Angehörige ihrer Schule. Diese stellt auch das Abiturzeugnis aus. Dies vor allem, weil wir hoffen, dass auf diese Weise die Durchlässigkeit bis zum Abitur an den beteiligten Schulen deutlich erhöht wird. Alles nur Phantasie? Ein Blick nach Hamburg zeigt, dass es möglich ist. Einfach wird dieser Weg für keine der beteiligten Schulen. Aber die Anstrengung könnte sich lohnen.

Klaus Brunswicker hat vor seiner Pensionierung 2014 die Sophie-Scholl-Schule in Schöneberg geleitet.

FOTO: ALSWART/FOTOLIA; UNTEN: PRIVAT

DIE OBERSTUFE

Berufliche Bildung wird als zweitklassig eingestuft

Die für die Reform benötigten Ressourcen werden an anderer Stelle fehlen, obwohl sie dort dringender gebraucht werden. Nur wenige werden profitieren.

von Ronald Rahmig

Zunächst stelle ich fest, dass die von Senatorin Scheeres präsentierten Ergebnisse nicht den Diskussionsstand der Arbeitsgruppe widerspiegeln. Es sollte auch nicht um Schulen gehen, sondern um SchülerInnen. Die Kritik ist jedoch grundsätzlicher: Aus den bedenklich geringen Anmeldezahlen an einigen ISS (Integrierte Sekundarschule) und dem Fehlen vermeintlich »leistungsstarker« SchülerInnen wurde geschlossen, dass – dem »Elternwunsch« folgend – das Angebot an Gymnasialen Oberstufen (GO) vergrößert werden muss. Das würde »leistungsstarke« SchülerInnen als Rollenmodelle anziehen. Dieser Wirkungszusammenhang ist jedoch nicht belegt. Die Einrichtung einer »eigenen« GO wird zur Lösung erklärt und damit trotz aller anders lautenden Beteuerungen eine Kooperation mit einem Oberstufenzentrum (OSZ) unattraktiv. Diese ginge ja jetzt schon, würde aber nicht wirklich gelebt.

Keine Vorteile für die Mehrheit der SchülerInnen

Die Gymnasialquote eines Jahrgangs liegt in Berlin bei 45 Prozent, die restlichen 55 Prozent aller SchülerInnen besuchen also keine GO. Diese als »nicht leistungsstark« einzustufen, ist diffamierend und vermindert für viele SchülerInnen die Attraktivität einer nicht-akademischen Karriere. Bei der Diskussion um die GO gerät also die Mehrheit eines ISS-Jahrgangs aus dem Blickfeld und wird in ihrer Gesamtheit in den Bereich eines »Problems« eingeordnet.

Gleichzeitig werden hier für einige wenige SchülerInnen eines ISS-Jahrgangs Ressourcen bereitgestellt, die an anderen Orten dringend benötigt werden und dann dort fehlen. Der Betrieb einer GO an einem Standort ist bei den zugemessenen Ressourcen entgegen den Aussagen der Senatorin nur ab 75 SchülerInnen, besser mit 100 Lernenden, sinnvoll möglich. Kleinere Standorte müssen für eine vernünftige Attraktivität also mit Stunden aus anderen Bereichen alimentiert werden. Diese Stunden können nur aus Teilungen und Förderangeboten stammen – also nach dem Prinzip: »Take it from the poor and give it to the rich«. Welche Vorteile die Mehrheit der ISS-SchülerInnen von einer größeren Zahl an GO-Plätzen haben soll, bleibt das Geheimnis des AG-Leiters Klaus Brunswicker.

Gesellschaftspolitisch wichtiger ist jedoch folgender Aspekt: Mit dem Fokus auf das Abitur als Synonym für Berufs- und Lebenserfolg – denn das ist doch das Ziel der Bemühungen, oder? – werden andere Bildungswege automatisch als zweitklassig eingestuft nach dem alten Motto: »Wenn du fürs Abi nicht leistungsstark genug bist, dann musst du eben eine Ausbildung machen«. Für Mitglieder einer Bildungsgewerkschaft ist das nach meiner Ansicht ein inakzeptabler Standpunkt. Eine Wertschätzung der unterschiedlichen SchülerInnenkompetenzen, sowohl praktische wie theoretische, als Grundlage der Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung ist mit der jetzt eingeschlagenen Richtung nicht kompatibel. Und den jährlich 15.000 Menschen, die jetzt kein Abitur erreichen wollen oder können, wird hier ein Bärendienst erwiesen.

Ronald Rahmig, Abteilung Berufsbildende Schulen der GEW BERLIN und Schulleiter des OSZ Kfz-Technik

FOTO UNTEN: PRIVAT

Cybermobbing – Nur keine Angst

Vor Mobbing im Internet können sich Opfer nur schwer verstecken. Umso wichtiger ist es, entschieden und überlegt dagegen vorzugehen.

von Stefan Müller und Thomas Wilke

Über 90 Prozent der Jugendlichen nutzen mehrmals in der Woche das Internet. Etwas weniger verfügen über ein Smartphone, also ein Telefon, das mit Touchscreen und Internetzugang ausgerüstet ist.

Neben allen Chancen, die eine rasant entwickelnde Technik bietet, lauern hier aber auch Gefahren. Soziale Netzwerke und Messenger-Dienste können für Mobbing, genauer Cybermobbing, missbraucht werden. Cybermobbing ist ein wichtiges Thema für Jugendliche: Rund ein Sechstel von ihnen hat bereits die Erfahrung gemacht, dass über sie falsche oder ihnen unangenehme Inhalte im Internet verbreitet wurden. Mehr als ein Drittel hat schon von Fällen aus dem Bekanntenkreis gehört, in denen jemand über Internet oder Handy fertiggemacht wurde. Zeit also, sich mit dem Phänomen »Cybermobbing« näher auseinanderzusetzen.

Was macht Cybermobbing aus?

Zunächst einmal wird unter Cybermobbing jedes Verhalten, das von Individuen oder Gruppen mittels elektronischer oder digitaler Medien ausgeführt wird und wiederholt feindselige oder aggressive Botschaften vermittelt, die die Absicht verfolgen, anderen Schaden oder Unbehagen zu bereiten verstanden. Der Unterschied zum »gewöhnlichen« Mobbing liegt im Medium und den daraus folgenden Konsequenzen. Diese sind:

- Ein hohes Maß an Anonymität der Täterlnnen und der daraus folgenden Furcht des Opfers, diese nicht identifizieren und zur Verantwortung ziehen zu können.
- Für Betroffene ist, insbesondere in sozialen Netzwerken wie Facebook, der Öffentlichkeitsgrad nicht zu überschauen, also wie viele Userlnnen die häufig beschämenden Veröffentlichungen und Kommentare gesehen und weiterverbreitet haben.
- Aufgrund der unübersichtlichen Weiterverbreitungsmöglichkeiten und der Geschwindigkeit, in der Inhalte weitergegeben werden können, ist eine vollständige Löschung der diskreditierenden Inhalte nicht möglich. Niemand kann überblicken, wer welches Foto oder Video herunter geladen hat oder auf welchem Server in welchem Erdteil die Inhalte noch gespeichert sind.

- Die ständige Verfügbarkeit moderner Medien und die zunehmende Abhängigkeit von sozialen Netzwerken führen dazu, dass Opfer keinen Schutzraum haben. Sie sind auch oder gerade erst nach der Schule online und somit sogar zu Hause für Täterlnnen erreichbar und das potenziell rund um die Uhr.

Diese besonderen Umstände führen dazu, dass Opfer von Cybermobbing häufig mit ganz besonderen psychischen Belastungen konfrontiert sind. Hier sind zunächst Ängste zu nennen: Angst vor dem Öffnen des Facebook-Accounts, Angst vor Nachrichten auf dem Handy, Angst davor, in die Schule zu gehen und den Täterlnnen direkt zu begegnen, Angst davor, dass alles noch schlimmer wird, wenn man sich einer erwachsenen Person anvertraut. Betroffene können auch andere Symptome zeigen, wie beispielsweise Schlaf- und Essstörungen. Auch können ihre schulischen Leistungen – so sie denn überhaupt noch zur Schule gehen – leiden. Häufig ziehen sich die Opfer aus dem Freundeskreis und von außerschulischen Aktivitäten, aber auch innerhalb der Familie zurück. Nicht selten suchen sie die Schuld bei sich und schweigen, in der Hoffnung, das alles möglichst schnell vorübergeht. Dabei sind sie es, die diesen Teufelskreis durchbrechen müssen – die Täterlnnen werden es mit großer Sicherheit nicht tun.

Druck entlädt sich in Mobbing

Denn Täterlnnen haben ihre eigenen Gründe für ihr Handeln. Diese sind zwar sehr vielfältig, aber nicht zuletzt gehören dazu Langeweile und die technische Machbarkeit. Schnell ist ein Foto hochgeladen oder ein diskreditierender Text gepostet. Durch die räumliche Distanz zum Opfer ist für Täterlnnen die direkte Reaktion nicht Teil ihres Erlebens, was eine erhebliche Hürde für Empathie mit dem Opfer darstellt. Ursachen können darüber hinaus in schwach ausgebildeten sozialen Kompetenzen, instabilen Familienverhältnissen und einem schlechten Klassenklima liegen. Auch wenn Freundschaften zerbrechen oder sich verändern, Eifersucht oder Neid auf schulische Leistungen oder die bessere Spielkonsole ins Spiel kommen, besteht die Gefahr, dass sich dieser Druck in Form von Cybermobbing entlädt.

Auch auf Seiten von Täterlnnen und Mitläuferlnnen kann Angst ein wichtiger Faktor sein; die Angst, nicht dazuzugehören oder gar selbst zum Opfer zu werden. Selbst erfahrene Machtlosigkeit, Ausgeliefertsein und Unsicherheit führen nicht selten dazu, selbst Macht gegenüber anderen auszuüben und die eigene Unsicherheit durch die so erfahrene Selbstwirksamkeit zu kompensieren. So erzeugen Täterlnnen, Mittäterlnnen und Mitläuferlnnen ein Wir-Gefühl, haben ein Ventil für eigene Aggressionen und zeigen klar, wer das Sagen hat.

FOTO: IMAGO/IMAGEBROKER

Mit dem Opfer gemeinsam reagieren

Falls es in einer Klasse tatsächlich zu einem Fall von Cybermobbing kommt, dann ist entschiedenes, aber überlegtes Handeln angesagt. Zunächst sollte nur gemeinsam mit dem Opfer über mögliche Schritte entschieden werden, insbesondere wenn es darum geht, welche weiteren Personen einbezogen werden. Das Opfer sollte darin bestärkt werden, dass es selbst keine Schuld am Cybermobbing trägt. Zudem müssen dringend Beweise gesichert werden, beispielsweise durch Screenshots. Soziale Netzwerke müssen aufgefordert werden, als unangenehm empfundene Bilder und Texte oder gar ganze Profile zu löschen. Auf Nachrichten sollte prinzipiell nicht geantwortet werden. Stattdessen sollten Betroffene die Profile von TäterInnen blocken. Auch Optionen wie die Streitschlichtung, mit Hilfe von Vertrauenslehrkräften, SozialarbeiterInnen, Eltern oder KonfliktlotsInnen müssen in Erwägung gezogen werden. Zudem kann es sinnvoll sein, Hilfe von außen, zum Beispiel durch eine Opferhilfe wie den Weißen Ring, hinzuzuziehen. Nicht in jedem Fall ist das Einschalten der Polizei erforderlich. Diese Möglichkeit sollte aber als Ultima Ratio im Hinterkopf behalten werden.

Damit es erst gar nicht soweit kommt, müssen Jugendliche Kompetenzen für den Umgang mit Neuen Medien erwerben. Dazu gehören neben dem Wissen um Datenschutz und die Rechte rund ums Internet auch ein geschultes Empathievermögen und die Fähigkeit, Konflikte ohne Anwendung physischer oder psychischer Gewalt zu lösen. Dafür ist die Institution Schule mit Sicherheit nicht allein verantwortlich. Sie kann aber ein Klima schaffen, in dem SchülerInnen und Lehrkräfte wertschätzend miteinander umgehen, in dem Kritik konstruktiv und in beide Richtungen möglich ist und in dem SchülerInnen durch positives Feedback in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt werden. Dabei helfen auch die Thematisierung von Cybermobbing im Unterricht und klare, bekannte Strukturen in der Schule. Denn was hilft die Vertrauenslehrerin oder der Schulsozialarbeiter, wenn SchülerInnen sie nicht kennen und sich deshalb im Notfall nicht an sie wenden?

Schule kann bei der Prävention von Cybermobbing sehr viel tun. Es wäre mit Sicherheit zu viel verlangt, von Lehrkräften zu erwarten, jedes soziale Netzwerk und jede App zu kennen. Darum geht es auch nicht. Es geht darum, soziale Kompetenzen zu fördern, Wissen zu vermitteln und aufzuzeigen, dass die Neuen Medien neben allen Gefahren und Unwägbarkeiten auch große Chancen bieten, wenn sie denn verantwortungsvoll genutzt werden. Nur keine Angst!

Zum Nachklicken – Hilfe, Infos, Material: www.klicksafe.de – www.juuuport.de – www.nummergegenkummer.de – www.weisserring.de

Stefan Müller (li.), Psychologischer Berater und Coach und Thomas Wilke (re.), Sozialwissenschaftler M.A. und Trainer

FOTOS OBEN: PRIVAT

ANZEIGE

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.

Beihilfe-Tarife
Testsieger
Ausgabe 34/2014
AM SONNTAG
€uro

… starker Partner des öffentlichen Dienstes

Egal, ob Sie gesetzlich krankenversichert oder beihilfeberechtigt sind: Die Kostenbeteiligung der Patienten steigt. Private Vorsorge wird daher immer wichtiger.
Profitieren auch Sie von unseren hohen Leistungen und günstigen Beiträgen für Beamte und gesetzlich Krankenversicherte!

Wir unterbreiten Ihnen gerne einen Versorgungsvorschlag.

anders als andere

Landesgeschäftsstelle Berlin
Dominicusstraße 14
10823 Berlin
Telefon (0 30) 7 88 06 - 0

www.debeka.de

Debeka

This is not a lovesong

Wie sich die tägliche Arbeit an einer Grundschule im sozialen Brennpunkt darstellt, anhand einiger eindrucksvoller Beispiele.

von der Schulgruppe der Karlsgarten-Schule

Dieser Artikel will weder besonders ausgewogen, noch besonders freundlich oder unparteiisch die Situation an unserer Schule darstellen, von der wir glauben, dass sie insgesamt typisch für Grundschulen im sozialen Brennpunkt ist. Wir wissen auch, dass das Land Berlin fast pleite und der Finanzposten Bildung nicht der Allerwichtigste im ohnehin knappen Haushalt ist. Und trotzdem haben alle Kinder dieser Stadt ein Recht auf Bildung, Teilhabe und das Recht, nicht diskriminiert zu werden. Diese Rechte, so glauben wir, hat die Schule zu garantieren. Warum wir diese gefährdet sehen, wollen wir beschreiben.

Gnadenlose Selbstausbeutung

Frau B. bereitet ab 7.15 Uhr noch die letzten Materialien für ihren Deutschunterricht vor. In ihrer JüL-Klasse sitzen 23 Kinder der Klassenstufen eins bis drei, davon zwei VerweilerInnen, ein Kind mit Förderbedarf geistige Entwicklung, zwei entwicklungsverzögerte Kinder, eines mit einer Lern- und Körperbehinderung sowie ein erst kürzlich nach Deutschland zugezogenes Kind mit sehr geringem Wortschatz. Unterricht in Deutsch und Mathematik findet überwiegend anhand individualisierter Arbeitspläne statt, es gibt zehn verschiedene. Frau B. unterrichtet 21 Stunden in der Woche. Abends sitzt sie oft bis 18 Uhr, um den Unterricht nach- und vorzubereiten. Dazu kommt das Mitwirken in AGs, Konferenzen, Elternversammlungen oder Dienstbesprechungen. Das macht noch einmal eine Vielzahl von Stunden im Monat, die sie für das gute Gelingen in die Schule einbringt.

Später am Nachmittag telefoniert Frau B. häufig mit Eltern, etwa um Absprachen zu treffen oder Elternbriefe für die vier Eltern vorzulesen, die nicht lesen oder kein Deutsch sprechen können. Für ihre vielfältigen Tätigkeiten erhält sie eine Ermäßigungsstunde in der Woche. Die Eltern der Klasse von Frau B. finden, dass sie eine tolle Arbeit macht. Das Geheimnis dieser tollen Arbeit heißt: gnadenlose Selbstausbeutung.

Auch LehrerInnen sind mal krank

Frau G. ist Sonderpädagogin und steht um viertel vor Acht vor dem Vertretungsplan. Eigentlich hat sie heute eine Stunde Fachunterricht, zwei Stunden in Temporären Lerngruppen und in drei Stunden ist sie zur Unterstützung mit LehrerInnen zu zweit in einer Klasse eingesetzt. Von den fünf Stunden, in denen sie SchülerInnen spezifisch fördern soll, können heute sogar drei stattfinden. In den beiden anderen muss Frau G. vertreten. Das wird wohl auch morgen und übermorgen so sein, denn es werden an unserer Schule mehr als ein Viertel der Stunden der SonderpädagogInnen zur Vertretung von Klassenunterricht genutzt. Und das, obwohl die sonderpädagogische Förderung eine hohe Priorität hat und zur Vertretung zuerst die DaZ (Deutsch als Zweitsprache) und Mehrarbeitsstunden genutzt werden. Dass einige Klassen bislang wenig bis gar keine DaZ-Förderung erlebt haben, ergibt sich zwangsläufig daraus. Moment, sagt da der Senat: Ihr habt eine 100,5-Prozent-Ausstattung an LehrerInnenstunden, Ihr seid damit doch sogar überausgestattet! Achtung, wir lüften ein Geheimnis: Auch LehrerInnen sind manchmal krank oder gehen auf eine Fortbildung.

Sechs Stunden für die Vorbereitung

Die Deutschklassenarbeit beginnt kurz nach acht Uhr. Herr W. verteilt eine siebenfach differenzierte Arbeit an die SchülerInnen der Klasse 4-6. Herr W. hat sechs Stunden daran gesessen, denn die Ergebnisse der Arbeit sollen sowohl Vergleichbarkeit als auch das Abbilden des individuellen Lernzuwachses ermöglichen. Den Termin der Arbeit musste er schon zweimal verschieben: Die Kollegin, die ihn während der Deutschstunde unterstützen soll, wurde zur Vertretung abgezogen. In Herrn W.s Deutschklasse lernt ein Mädchen mit dem Förderschwerpunkt Lernen, ein Schüler hat eine diagnostizierte Lese-Rechtschreib-Schwäche, ein anderer vermutlich eine Wahrnehmungsstörung. Ohne Unterstützung eine Deutscharbeit zu schreiben, ist für alle eine Herausforderung.

FOTO: DRUBIG-PHOTO/FOTOLIA

SchulhelferInnen gibt es nicht

Wenn der siebenjährige B. um vier vor Acht in seine Klasse kommt, wartet schon eine UnterstützerIn auf ihn. Denn B. schafft es nicht ohne eine erwachsene Person an seiner Seite durch den Schultag. Er rennt aus der Klasse, läuft durchs Schulhaus oder lehnt sich über das offene Geländer im 2. Stock. B. singt und ruft laut im Unterricht und hört auch nicht auf, wenn ihn andere darum bitten. Manchmal geht er unvermittelt auf andere zu und bedroht, schlägt oder tritt sie. B. bräuchte bis zum Ende seines auf vier Stunden verkürzten Unterrichts eine SchulhelferIn. Die gibt es in Berlin aber für pädagogische und erzieherische Unterstützung nicht.

Wer unterstützt B. also? Die Sozialarbeiterin, die stattdessen keine Elternarbeit und Einzelförderung machen kann, LehrerInnen, deren DaZ-Förderung dafür ausfällt, sowie eine FSJ-lerIn (Freiwilliges Soziales Jahr), die mit viel Herz diese herausfordernde Aufgabe ohne jedwede Ausbildung meistert. Nur durch diese, vom Senat nicht vorgesehene, aber von der Schule unbürokratisch organisierte Unterstützung kann B. lernen, sich in das Schulleben langsam einzugewöhnen. Und sie ermöglicht auch den anderen 24 Kindern ein halbwegs ungestörtes Lernen.

Die Stunden werden schon lange nicht mehr aufgeschrieben

12.50 Uhr – eigentlich wäre jetzt Musikunterricht in der Klasse von Frau Y. Der fällt aber seit September aus, weil die zuständige schwangere Lehrerin ein Beschäftigungsverbot erhalten hat. Diese Lehrkraft war auch für den Deutschunterricht verantwortlich. Stunden, die über Wochen vertreten wurden, indem man die Lehrkräfte aus der DaZ-Förderung abzog oder diese ganz ausfielen. Frau Y. fragt sich, wer nun die Klassenarbeiten konzipiert und die Noten vergeben wird. Also nimmt Frau Y. das Ganze selbst in die Hand. Jetzt unterrichtet sie auch in den Mathe- und NaWi-Stunden Deutsch. Nach mehreren Wochen findet sich glücklicherweise jemand für Deutsch. Musik bleibt weiterhin gestrichen. Zu Beginn des zweiten Halbjahres wiederholt sich das Szenario. Diesmal erhält die Englischlehrerin ein Beschäftigungsverbot. Frau Y. hat aufgehört, die ausfallenden Stunden aufzuschreiben. Sie hat nicht aufgehört zu hoffen, dass es irgendwann eine angemessene Lehrkräfteausstattung geben wird.

Arbeit für zwei

Um 13.40 Uhr holt die Erzieherin Frau C. die Kinder ab, um mit ihnen zum Hort zu laufen. Die Kleinen dürfen das noch nicht allein, da sich der Hort außerhalb des Schulgeländes befindet. Den Weg ist sie heute schon einmal gelaufen und wird ihn nochmals gehen, denn einige Kinder besuchen noch eine AG in der Schule. Am Vormittag war Frau C. schon zur Unterstützung in mehreren Klassen, hat Spiel- und Bastelangebote in Betreuungsstunden gemacht und größere SchülerInnen in den VHG-Räumen betreut. Das klingt nicht nur nach einer Arbeit für 1,5-2 ErzieherInnen – es ist auch eine. Denn mitunter sind ErzieherInnen auch mal krank. Die verbleibenden KollegInnen machen diese Arbeit mit.

Außer den oben beschriebenen, besuchen noch über 400 andere Kinder unsere Schule. Viele von ihnen benötigen spezifische Aufgaben, Förderkurse, Nachteilsausgleiche, Gespräche mit ihren Familien oder einfach einmal ein vertrauliches Gespräch. Außer den beschriebenen KollegInnen arbeiten mehr als 40 andere Erwachsene an der Schule. Alle machen ihre Arbeit so gut sie können. Und fast alle fühlen sich überfordert. Wir sind eine vergleichsweise gut ausgestattete Schule, viele würden von »paradiesischen Zuständen« für eine Schule im sozialen Brennpunkt sprechen. Doch wir erleben eine Schule, in der angemessene pädagogische Arbeit mit den Kindern nur durch Erwachsene sichergestellt werden kann, die durch Selbstausbeutung zielstrebig aufs Burn-out zuarbeiten. Oder die sagen müssen: »Ich sehe, dass dies und das gemacht, diesem Kind geholfen oder die Schule an dieser Stelle weiterentwickelt werden muss. Nicht, um das Optimum zu erreichen, sondern nur um das Selbstverständliche sicherzustellen: das Recht auf Bildung, Teilhabe und Diskriminierungsfreiheit. Aber das schaffe ich mit meiner Arbeitskraft einfach nicht.« – »Ich muss meine Stunden reduzieren, an einer anderen Schule arbeiten oder mich mit meinem Engagement nur auf meine Klasse beschränken«, so lauten oft die Konsequenzen. Aufgabe einer verantwortlichen Bildungspolitik ist es, uns nicht vor diese Wahl zu stellen.

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Schon wieder neue Zeugnis-Formulare – kein Problem, wenn Sie mit dem GEW-Zeugnisprogramm arbeiten. Dort finden Sie alle aktuellen Formulare: Schulanfangsphase, Förderprognose für den Übergang am Ende der Grundschule, Formulare für die Integrierte Sekundarschule und die Gemeinschaftsschule oder veränderte MSA-Zeugnisse.

Das Programm nimmt Ihnen nicht nur die lästige Schreibarbeit ab, sondern bietet Ihnen viele andere Hilfen für die tägliche Arbeit: Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen, eine Fehlzeitenverwaltung. Und nicht zuletzt: Die Programminhalte werden ständig aktualisiert. Praktisch, gut und immer aktuell: Wer bietet mehr?

Wer es nicht glaubt, kann's ausprobieren: Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen und ausgiebig testen. Sie werden feststellen, dass es nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt gibt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.php.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Integrierte Sekundarschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Gemeinschaftsschule		
- Sek. I	20,-	30,-
- Klasse 1-10	30.-	40,-
Gymnasium		
- Sek. I	20,-	30,-
- Sek. I und Sek II	30,-	40,-
- Sek. I und Sek. II mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen. Sonderformulare sind nach Absprache möglich.

Alle Informationen und Bestellmöglichkeiten unter

www.gew-berlin.de/zeugnis.php.

Bestellschein: siehe Seite 29

Vom Flickenteppich zum fliegenden Teppich

Ein Zwischenbericht vom Zukunftsforum über die Lehrkräftebildung.

von Laura Pinnig

Zukunftsforum LehrerInnenbildung der GEW am 28. Mai 2015 in Leipzig

Das oberste Organ der GEW, der Gewerkschaftstag, hat 2013 einen »Aktionsplan LehrerInnenbildung« verabschiedet und damit die Reform der Lehrkräftebildung auf die Agenda der nächsten Jahre gesetzt. Dazu wurde ein »Zukunftsforum LehrerInnenbildung« gegründet. Mitglieder dieses Forums sind VertreterInnen der Landesverbände, Fach- und Personengruppen der GEW sowie weitere ExpertInnen. Ziel ist es, bis zum nächsten Gewerkschaftstag im Jahr 2017, Vorschläge für eine Reform der Lehrkräftebildung zu erarbeiten. Aus Berlin nehmen neben mir folgende Mitglieder am Forum teil: Prof. Dr. Vera Moser, als Hochschullehrende der Sonderpädagogik, Ryan Plocher, als Vertreter der Jungen GEW und Stephan Wahner für die Fachgruppe Grundschulpädagogik.

Den Auftakt für das Zukunftsforum bildete im September letzten Jahres die öffentliche Fachtagung »Außen Lehrer Innen Bildung« in Leipzig. Zur Begrüßung sagte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe: »Wir wollen unsere Positionen schärfen und mit dieser Tagung einen partizipativen Prozess einleiten, mit dem wir alle Betroffenen beteiligen, innerhalb und außerhalb der GEW«. Schwerpunkte der Tagung bildeten die Fragen »Wie soll der LehrerInnenberuf der Zukunft aussehen?« und »Was ist gute Bildung?«. Deutlich wurde, dass eine inhaltliche Reform der Lehrkräftebildung nötig ist. Themen wie die gestiegene Heterogenität, Inklusion oder Genderkompetenz müssen stärker in jedem Lehramt verankert werden. In der Podiumsdiskussion berichtete damals Juliane Zacher (heute Leiterin des Vorstandsbereiches Schule) aus der Perspektive als Berufseinsteigerin von ihren Erfahrungen. Innerhalb des Forums bildeten sich die Arbeitsgruppen Qualität, Inhalt, Struktur und Grenzen erweitern.

Das GEW-Zukunftsforum kommt zu einem sehr guten Zeitpunkt. Mit der von Bund und Ländern getragenen »Qualitätsoffensive Lehrerbildung« wird von der Bundesregierung zurzeit verhältnismäßig viel Geld für Lehrkräftebildung in die Universitäten investiert. Die erfolgreichen Hochschulen der ersten Bewilligungsrunde stehen fest. 19 Projekte an Universitäten aus neun Bundesländern wurden als förderwürdig eingestuft. Für die Förderung über den Zeitraum von zehn Jahren stehen insgesamt bis zu 500 Millionen Euro bereit. Mit ihrer Qualitätsoffensive möchten Bund und Länder Reformen in der Lehrkräftebildung unterstützen und zur Aufwertung des Lehramtsstudiums beitragen. Bedauerlicherweise gehört nur ein Berliner Antrag zu den Ausgewählten der ersten Runde: An der Freien Universität soll es das Projekt »Know how to teach« geben. Dort sollen »grundlegende Handlungskompetenzen für eine adaptive Unterrichtspraxis im Studium« erworben werden. Ziel ist »die Professionalisierung angehender Lehrkräfte durch eine Stärkung der Diagnosekompetenz und Aufbau eines breiten Handlungsrepertoires zur Steuerung individueller Lernprozesse«. Ob die Förderung ausgewählter Projekte an wenigen Universitäten wirklich eine Qualitätssteigerung in der Lehrkräftebildung bewirken wird, kann wohl erst in einem Jahrzehnt sicher festgestellt werden. Vieles hängt an den generellen Rahmenbedingungen aller lehrkräftebildenden Hochschulen.

Im Mai dieses Jahres kam das Zukunftsforum zu seiner zweiten Sitzung in Erkner zusammen. Den Auftakt bildete dieses Mal eine Fachtagung zum Thema »Inklusion und LehrerInnenbildung«. Zentrales Anliegen vieler Beteiligter war eine veränderte Lehrkräftebildung, die befähigt, eine inklusive Schule zu gestalten. Ohne eine aktive Unterstützung durch Bund und Länder seien die Reformen zu schwer zu bewältigen. Aber auch die Frage nach der Aufgabe von SonderpädagogInnen in der inklusiven Schule wurde diskutiert. Dazu hat die GEW BERLIN bereits 2013 eine Veranstaltung mit dem Titel »Braucht die inklusive Schule noch das Lehramt Sonderpädagogik?« durchgeführt. Ein Artikel darüber stand in der Juni-blz 2013 und ist im Internet zu finden unter www.gew-berlin.de/7_893.php

Die nächste Sitzung findet im Herbst 2015 statt. Dann sollen konkrete Forderungen für eine bundeseinheitliche – oder zumindest vergleichbare – Lehrkräftebildung erarbeitet werden, weg vom derzeitigen Flickenteppich. In Berlin wird es darum gehen, das erste Wirkungsjahr des neuen Lehrkräftebildungsgesetzes auszuwerten.

Laura Pinnig, Leiterin des Vorstandsbereiches Hochschulen und Lehrkräftebildung

FOTOS: KAY HERSCHELMANN

Es gibt allen Grund optimistisch zu sein

Tarifauseinandersetzung zur Eingruppierung angestellter Lehrkräfte in Berlin geht weiter.

von Udo Mertens

Die Eingruppierung ist das entscheidende Merkmal für die Höhe des Einkommens. Daher ist die Eingruppierung, festgelegt in einer Entgeltordnung, selbstverständlicher Bestandteil von Tarifverträgen. Nur bei den bundesweit 200.000 angestellten Lehrkräften ist das bisher anders. Hier bestimmt der Arbeitgeber in Anlehnung an das Beamtenrecht per Richtlinie, wie welche Tätigkeit eingruppiert ist.

Nachdem 2009, 2011 und 2013 die Verhandlungen zu einer Entgeltordnung für Lehrkräfte mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) auf Bundesebene jeweils scheiterten, beschloss die Bundestarifkommission der GEW im April 2013 die Tarifauseinandersetzung auf die Länder zu verlagern. Massive Streiks in Berlin zwangen die TdL zurück an den Verhandlungstisch mit der Bundesorganisation der GEW. Allerdings liefen die darauf folgenden Verhandlungen bis ins Frühjahr 2015, wie von uns prognostiziert, nicht anders als in der Vergangenheit: Die TdL war nicht an wirklichen Verhandlungen interessiert. Durch eine völlig absurde Anbindung an das Beamtenrecht sollte weiterhin der Landesarbeitgeber einen direkten Durchgriff in die »tarifliche Regelung« erhalten. In der Konsequenz wäre es den Arbeitgebern möglich gewesen, die tarifliche Eingruppierung der Lehrkräfte einseitig durch Änderung im Beamtenrecht zu bestimmen. Damit nicht genug, sollten diverse Verschlechterungen durchgesetzt werden. Für die GEW war das unannehmbar.

Den deutschen Beamtenbund (dbb) hat das nicht gehindert, in einem einzigartigen Affront den gemeinsamen Verhandlungstisch zu verlassen und das Diktat der TdL zu unterschreiben. Dabei hat der dbb nicht nur die oben genannten Verschlechterungen, sondern auch gleichzeitig eine Friedenspflicht bis 2018 unterschrieben. Kein Wunder, denn der dbb ist bei den angestellten Lehrkräften weder streik- noch durchsetzungsfähig.

Für die GEW besteht keine Friedenspflicht. Für uns in Berlin war klar, dass wir an die Erfahrung von 2013 anknüpfen und erneut versuchen müssen, eine tarifliche Eingruppierungsregelung für angestellte Lehrkräfte hier in Berlin durchzusetzen. Schließlich haben wir 2013 eindrucksvoll bewiesen, dass wir in der Lage sind, große Teile der Berliner Lehrkräfte hierfür zu mobilisieren.

Unterschiede beseitigen

Unser Ziel muss eine Regelung sein, mit der auch die Einkommensunterschiede zwischen angestellten und verbeamteten Lehrkräften beseitigt werden können. Die Chance, erneut dafür zu streiten, dass gleichwertige Arbeit auch gleich bezahlt wird, müssen wir nutzen. Daneben fordern wir tarifliche Regelungen zu alternsgerechten Arbeitsbedingungen, die eine Gesunderhaltung der Lehrkräfte bis ins Alter ermöglichen.

Erste Gespräche mit den VertreterInnen der Parteien wurden vereinbart, um unsere Forderungen in der Politik bekannt zu machen. Am 17. September findet eine weitere Tarifpolitische Konferenz statt, auf der wir mit der Mobilisierung beginnen wollen. Die Auseinandersetzung wird nicht einfach, aber es gibt allen Grund, optimistisch zu sein. Wichtig ist, noch mehr KollegInnen als bisher für die Forderungen zu gewinnen. Dann sollte es möglich sein, erstmals in der Bundesrepublik eine tarifliche Eingruppierungsregelung für Lehrkräfte zu vereinbaren und dabei den statusbedingten Unterschied im Einkommen zwischen BeamtInnen und Angestellten zu verringern.

Udo Mertens, Leiter des Vorstandsbereichs Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik

FOTO: KAY HERSCHELMANN

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Ich bestelle das GEW-Zeugnisprogramm:

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

☐ GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

☐ CD-Version

☐ Online-Version

☐ ausgedrucktes Handbuch (+ 7,–)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, bei der SEB-Bank Berlin, IBAN: DE43 1001 0111 1542 9295 00 BIC: ESSEDE5F100 überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

Vollzeitschulische Ausbildung unter Druck

Mit der Vereinbarung 2015 drängt die Wirtschaft wieder einmal auf die Einschränkung der Ausbildungsgänge an den OSZ.

von Mario Kleinmann

Am 6. Mai tagte die Sonderkommission Ausbildungsplätze und Fachkräfteentwicklung beim Regierenden Bürgermeister von Berlin. Es ging um die berufliche Ausbildung und deren zukunftsorientierte Ausgestaltung. Am Tisch saß die Politik, die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, die IHK Berlin, die Handwerkskammer, die freien Berufe, die Vereinigung der Unternehmerverbände Berlin und Brandenburg und der DGB – als PartnerInnen in der Berufsausbildung. Fehlt da jemand?

Warum hat man nicht diejenigen gefragt, die täglich mit der Situation vor Ort zu tun haben, also die Lehrkräfte und Schulleitungen der ausbildenden Schulen? Und wäre es gar zu revolutionär gewesen auch einmal die betroffenen SchülerInnen und Auszubildenden zu befragen? So ist mal wieder ein Papier aus dem Elfenbeinturm herausgekommen.

In dem Papier geht es um die Stärkung der dualen Berufsausbildung und das Schaffen von mehr Ausbildungsmöglichkeiten in diesem System. Dabei wird in jedem zweiten Satz betont, dass die Verantwortlichen verstärkt mit den potenziellen Ausbildungsbetrieben reden wollen. Wohlbemerkt: Wollen – denn man kann ja keinen Betrieb zwingen, auszubilden. Spätestens hier wird es grotesk. Man kann zwar keine Betriebe zwingen, Ausbildungsplätze anzubieten, aber man kann die SchülerInnen zwingen, entsprechende

Beratungsangebote wahrzunehmen. Da die duale Ausbildung Priorität vor vergleichbaren vollzeitschulischen Ausbildungsgängen hat und die Betriebe anscheinend keine Interessenten finden, geht man wieder einmal den umgekehrten Weg. Wer in einen vollzeitschulischen Ausbildungsgang will, muss nachweisen, dass er keinen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen hat.

Was ist aber mit der Wahlfreiheit der SchülerInnen? Werden sie entmündigt und soll ihnen ein Weg (wenn sie dann das Abitur nicht ablegen wollen oder können) diktiert werden? Was ist mit der Qualität von Ausbildung? Für die Betriebe hängt die Messlatte, wer ausbilden darf, relativ niedrig. Einmal als Ausbildungsbetrieb eingetragen, ist die Eignung »lebenslänglich« attestiert. So wird die Qualität der dualen Ausbildung auch regelmäßig im Ausbildungsreport des DGB kritisiert. Die Berufsschulen werden dagegen durch installierte Qualitätsmanagementsysteme und Schulinspektionen regelmäßig überprüft.

Die doppeltqualifizierende vollzeitschulische Berufsausbildung bietet gegenüber der dualen Ausbildung zwei Vorteile. Sie führt die SchülerInnen zu einem Berufsabschluss und zu einer Fachhochschulreife, also zu einer Studienqualifizierung. Die AbsolventIn hat die Wahl: Arbeit in einem Betrieb oder Studium in einer Fachrichtung. Zum Zweiten müssen die Berufsschulen sich in dieser Ausbildungsform nicht nach spezifischen betrieblichen Bedürfnissen richten. Sie können unabhängig davon ausgebildet werden, weswegen sie ein breiteres Spektrum an beruflichen Möglichkeiten haben. In der dualen Ausbildung, gerade in Berlin, werden die Auszubildenden allzu oft lediglich als preiswerte Arbeitskraft eingesetzt.

Doppelt qualifizierende Bildungsgänge sollen nun auch verstärkt in der dualen Ausbildung entstehen. Ist das realistisch? Hat man die Betriebe dazu mal befragt? Es ist unwahrscheinlich, dass Betriebe mit dem Risiko ausbilden, dass die Fachkräfte nach der Ausbildung den Betrieb in Richtung Hochschule verlassen. Sinnvoller ist es, dass die Betriebe duale Studien anbieten. Hier haben sie die Fachkräfte, die dem Betrieb längerfristig zur Verfügung stehen. Mit der Doppelqualifikation in der vollzeitschulischen Ausbildung bringen diese Fachkräfte auch die Voraussetzungen für ein duales Studium mit.

In Berlin gibt es wegen der fehlenden betrieblichen Ausbildungsplätze ein plurales System in der Berufsausbildung. Dabei hat die vollzeitschulische Berufsausbildung einen gleichberechtigten Platz neben dem dualen System eingenommen und eine Ausbildung mit hoher Qualität entwickelt. Dieser bewährte Weg darf nicht dem Willen der Wirtschaftslobby geopfert werden. Denn man erhöht auf diese Art das Angebot an BewerberInnen auf die knappen Plätze und unterstützt damit die Rosinenpickerei der Betriebe. Man sollte vielmehr den Jugendlichen echte Chancen eröffnen und ihnen die Wahl überlassen.

Warum haben sich in der Vergangenheit viele Jugendlichen bewusst für die vollschulische Ausbildung entschieden? Lag dies vielleicht auch an der Qualität der Ausbildung? Aber vorsichtshalber hat man sie ja nicht gefragt. ■

VERSCHIEDENE AUSBILDUNGSWEGE

- Duale Ausbildung = Die Auszubildenden werden parallel im Betrieb und im OSZ (Berufsbildende Schule) ausgebildet
- Vollzeitschulische Ausbildung = Die gesamte Ausbildung erfolgt in der Berufsbildenden Schule/ OSZ, auch in Doppelqualifikation (Berufsabschluss und Fachhochschulreife)
- Doppelt qualifizierender Bildungsgang Dual = Verzahnung von beruflichen und allgemein bildenden Qualifikationen, damit das duale Berufsbildungssystem für SchulabgängerInnen attraktiver wird. Auszubildende können mit Ihrem Berufsabschluss gleichzeitig auch die Fachhochschulreife erlangen.

Mario Kleinmann, Abteilungsleiter an der Elinor-Ostrom-Schule (OSZ Bürowirtschaft und Dienstleistungen Berlin)

FOTO OBEN: MK-PHOTO / FOTOLIA; UNTEN: PRIVAT

FLASCHENPOST AUS RAVENSBRÜCK

70 Jahre nach der Entstehung erscheint nun die deutsche Ausgabe des Buches »Damit die Welt es erfährt…«. Die Geschichte dieses Werkes erscheint abenteuerlich. Gefangenen des Frauenkonzentrationslagers in Ravensbrück gelang es, Briefe, Gedichte und Listen der ermordeten Frauen aus dem Lager zu schmuggeln. Adressaten waren polnische Offiziere in einem in der Nähe gelegenen Kriegsgefangenenlager. Von dort hoffte man, dass die Dokumente nach London zur polnischen Exilregierung oder nach Polen weitergeleitet werden. Sie sollten als Zeugnis der Verbrechen in diesem Lager dienen. Als der Besitz dieser Dokumente für die Kriegsgefangenen zu gefährlich wurde, beschloss man, sie an der Bahnlinie Berlin-Fürstenberg-Neubrandenburg in einem Medizinglas zu vergraben. Erst 1975 wurden sie wieder ausgegraben. Der Fund wurde von der Regierung der DDR an die polnische Regierung übergeben und dem Archiv der Gedenkstätte Auschwitz beigefügt. Mit Hilfe der Historikerin Wanda Kiedrzynska wurden die Briefe, Gedichte und Listen in einem Buch zusammengefügt und mit Berichten von Überlebenden und Fotos ergänzt.

In Polen wurde das Buch 1980 veröffentlicht. Die einzelnen Autorinnen bleiben teilweise unbekannt. Sie beschreiben ihre aktuelle Situation, die Schwierigkeiten der illegalen Kontaktaufnahme und immer wieder ihre Hoffnungen auf Befreiung und ein Leben in einem befreiten Polen. Sie hoffen außerdem, dass ihre Nachrichten auch schon während des Krieges an die Alliierten weitergegeben werden: »Unabhängig davon, ob wir nun zurückkehren oder nicht, muss doch die Geschichte der Polinnen in Ravensbrück und überhaupt die Geschichte des ganzen Lagers möglichst genau und in vollem Umfang an das Tageslicht gelangen, wahrhaftig und unverfälscht.« (Brief Nr. 9, Oktober 1943) Enthalten sind außerdem Gedichte, die von einem kulturellen Austausch mit den polnischen Kriegsgefangenen zeugen. Diese schickten nicht nur Gedichte an die gefangenen Frauen zurück, sondern auch Bücher. Dadurch wurden die Frauen ermutigt ihre Gefangenschaft zu ertragen: »Die Bücher, die wir voller Begeisterung in Empfang nahmen, werden jetzt ununterbrochen, sogar mehrfach, gelesen. Sie kommen uns wie Medizin vor, die unsere Bitternis und Sorgen stillt« (Brief Nr. 12, ohne Datum)

Die deutsche Übersetzerin Inge Gerlinghoff erhielt Kontakt zu der ehemaligen Ravensbrücker Gefangenen Zofia Pociłowska-Kann und engagierte sich seitdem für eine Veröffentlichung in deutscher Sprache. Zusammen mit Barbara Lubos-Kroll übersetzte sie das Buch. Auf der Feier zum 70. Jahrestag der Gedenkstätte Ravensbrück wurde es unter dem Titel »Damit die Welt es erfährt…« vorgestellt. Zofia Pociłowska-Kann war bei der Veröffentlichung anwesend. Von ihr und Wanda Półtawska stammen die meisten Briefe. Ihnen wurde die deutsche Übersetzung gewidmet. Die deutsche Ausgabe wird durch ein Vorwort und Erklärungen für die LeserInnen erweitert.

Mich hat die Entstehungsgeschichte dieses Buches fasziniert. Es beweist den Mut und das beeindruckende Engagement der Autorinnen und der Übersetzerinnen. Wir als LeserInnen sorgen dafür, dass die heimlichen Botschaften an weitere AdressatInnen gelangen und der Kampf der Frauen um Freiheit und Gerechtigkeit nicht vergeblich war. In dem Buch enthalten ist auch die Forderung nach einer Schule, in der die kommenden Generationen im Sinne der Frauen erzogen werden. Die Bildungsstätte in Ravensbrück leistet hierfür einen wichtigen Beitrag. Für die LeserInnen ergibt sich durch das Buch ein Einblick in die Situation der Gefangenen und die unsentimentalen Schilderungen liefern ein vielseitiges Bild der Schrecken des Lebens im Konzentrationslager. Die gelungene Übersetzung des polnischen Originals mit vielen Fußnoten hat die Frauen für mich lebendig gemacht und beschäftigt mich auch über die Lektüre hinaus. Ich werde noch ein weiteres Mal in die Gedenkstätte Ravensbrück fahren. *Eda Brandmayer*

»Damit die Welt es erfährt…« Illegale Dokumente polnischer Häftlinge aus dem Konzentrationslager Ravensbrück. Hrsg. Andrea Genest, Übersetzung Inge Gerlinghoff, Barbara Lubos-Kroll, Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten Bd.14, Metropol Verlag, Berlin 2015. Zu dem gleichen Thema erschien auch eine Projektmappe für einen fächerübergreifenden Unterricht: Constanze Jaiser, Jacob David Pampuch: Ein Schmuggelfund aus dem KZ. Erinnerung, Kunst und Menschenwürde. Metropol Verlag, Berlin

ANZEIGE

Berliner Lehrerinnen- und Lehrerkalender 2015/2016

Frisches Design, hoher Nutzen, unschlagbar günstiger Preis: Der Berliner Lehrerinnen- und Lehrerkalender 2015/2016.

In Kooperation mit dem GEW-Landesverband Sachsen bieten wir auch in diesem Jahr wieder für unsere Mitglieder den Kalender im Format DIN A5 zum Preis von nur 5 Euro an. Versandkosten zuzüglich.

Bestellungen ab sofort per Mail, Fax oder über das Internet. Detaillierte Informationen zum Kalender und das Bestellformular findet man auf der Internetseite.

www.gew-berlin.de/lehrerkalender.php

»Der diskrete Schwarm der Bourgeoise«: Eine fantastische Welt öffnet sich von Farben, Formen, voller kleinerer und größerer Gegenstände. Auch ein Pferd und ein Flugzeug treten auf. Besprechung des Stücks im Theater Thikwa siehe unten.

FOTO: DAVID BALTZER

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

An fast allen Berliner Theatern gibt es eine intensive Clubarbeit; Ergebnisse werden in der Regel am Ende der Spielzeit gezeigt. In der **Parkaue** gestalteten die Clubs ein gemeinsames Wochenende im ganzen Haus unter dem Titel *»Jugendstil 2015«*. Sehen konnte ich leider nur eine Generalprobe im Kroko-Foyer. Da wird ein durchaus nicht für eine Aufführung gedachter Raum zum Theaterraum transformiert: Gleich zu Beginn eine visuelle Kontaktaufnahme mit dem Publikum durch eine geschlossene Glastür; dann erst Einlass und Beginn der intensiven theatralen Raumerkundung durch die SpielerInnen des Kinderclubs. Stühle und Kinderspiele dienen als Erkundungsmaterial, führen zum Aufbau unterschiedlicher Konstellationen. Die SpielerInnen sind intensiv auf ihre Aktionen, nicht mehr direkt (oder nur noch indirekt) auf das Publikum bezogen. Da wird die Foyertheke zum Sprungbrett, unterschiedlichste Ein- und Ausgänge werden ins Spiel einbezogen. Eine formal betonte Arbeit von hoher Exaktheit – und erstaunlich, welche Spielmöglichkeiten die Kinder entdecken und mit welcher Selbstverständlichkeit sie diese nutzen. Zum Abschluss dann eine direkte Kontaktaufnahme mit dem Publikum. Es wird in die Mitte des Spielraums komplimentiert und (passend zum Foyer) zu kleinen Leckereien eingeladen: Theater als Bewegung im Raum und als (deutlich unterschiedene direkte und indirekte) Begegnung mit einem Publikum.

Der **Grips**-Kinderclub erkundete das anspruchsvolle (und aktuell-widerspruchsvolle!) Thema *»Heimat«* über eigene Assoziationen, Recherche, Lektüre, Exkursionen, Spiel. In der Aufführung dienen Koffer als vielfältig benutzte Requisiten und Spielobjekte, auch mal verfremdet als Tablets; musikalische Elemente werden gekonnt einbezogen. Im dynamischen Wechsel von Einzel- und Gruppenszenen werden Recherche-Ergebnisse und eigene Erfahrungen formuliert: Wenn meine Eltern sich trennen, haben ich dann zwei Heimaten? Oder: Ich will nicht umziehen, ich bin doch HIER zu Hause. Für Eltern also nicht nur sehens-, sondern auch bedenkenswert. Die SpielerInnen agieren mit frappierender Selbstverständlichkeit in unterschiedlichen Rollen (als sie selbst, als Eltern, Erwachsene); sie formulieren und veröffentlichen eigene wie fremde Erfahrungen und Ansichten – etwa von ihrer Klassenfahrt oder aus unterschiedlichen Stadterkundungen: Theater als geistiger wie emotionaler Klärungsprozess. – Beide Aufführungen im Übrigen getragen von einer offensichtlich funktionierenden Gruppe: Theater als Erfahrung gemeinsamer Arbeit an einem Projekt.

»Der diskrete Schwarm der Bourgeoisie« im **Theater Thikwa** beginnt gleich mit einer Überraschung beim Betreten des Spielraums: Eine fantastische Welt öffnet sich von Farben, Formen, luftigen Gestellen, voller kleiner und größerer Gegenstände (bis hin zu einem Traumauto), alle weich-farbig zerfließend; später treten Pferd und Flugzeug auf. Mitten dazwischen, merkwürdig fremd und irritierend, ein simpler, realer Speisetisch mit Alltagsstühlen. Ihm entsprechen Geschehnisse, die in hartem Gegensatz zu der weichen Traumwelt stehen: Gäste, die nie pünktlich kommen; immer wieder vergebliche Versuche, ein Abendessen zu zelebrieren; nie kommt es zu einem friedlichen Ende, Geselligkeit wird immer wieder unterbrochen von dubiosen Geschäften, von Überfällen, Gefangennahmen, Erschießungen – eine aus dem Gleichgewicht geratene Welt. Und obwohl die Angriffe mit wackelig-weichen Pistolen und Gewehren ohne große Wirkung erfolgen, obwohl die Realität des Todes und des Traumas immer wieder überspielt und gleich ein neues Gala-Diner präpariert wird: Die Irritation der Brechungen wird deutlich. Alles könnte wohlig-weich und farbig-fantasievoll sein – und ist doch voller Schrecken (ab 16).

Hans-Wolfgang Nickel

MATERIALIEN

Steuerungsimpulse durch PISA?

Große Lernleistungsstudien wie PISA, TIMMS und PIRLS/IGLU haben in den vergangenen Jahren zweifellos dazu beigetragen, dass sich national wie international der Blick auf Schule und Unterricht und die Diskussion über Reformen im Bildungswesen verändert haben. Doch während über diese Studien selbst sowie deren Wirkungen auf Schulen und Lernende bereits viele Publikationen vorgelegt wurden, gibt es kaum Beiträge, die sich kritisch-analysierend mit den Auswirkungen auf das Bildungswesen in einzelnen Ländern und auf Veränderungen in der Steuerungspraxis befassen. Die Beiträge des aktuellen Themenschwerpunkts der Zeitschrift »Die Deutsche Schule (DDS) möchten zweierlei leisten: Zum einen soll anhand von zwei Fallbeispielen gezeigt werden, welche Einflüsse die Lernleistungsstudien auf das Schulwesen in zwei europäischen Nachbarländern gehabt haben. Zum anderen werden Effekte auf den bildungspolitischen Diskurs in Deutschland sowie die Absichten, die die OECD als maßgeblicher Akteur bei PISA verfolgt, in den Blick genommen. Die DDS kann sowohl online – auch einzelne Artikel – als auch gedruckt bezogen werden. Abstracts zu den Beiträgen sowie Bestellmöglichkeiten unter: www.dds-home.de.

Argumente gegen TTIP

27 AktivistInnen aus 18 Nichtregierungsorganisationen liefern »38 Argumente gegen TTIP, CETA, TiSA & Co«. Dabei werden alle im Zusammenhang mit den geplanten Abkommen diskutierten Themen behandelt – von VerbraucherInnenschutzproblemen über Verfas-

sungsfragen bis hin zu den umstrittenen Konzernklagerechten. Harald Klimenta, Marita Strasser, Peter Fuchs u.a.: 38 Argumente gegen TTIP, CETA, TiSA & Co. – Für einen zukunftsfähigen Welthandel, VSA-Verlag, 94 Seiten, 7 Euro

AKTIVITÄTEN

Afrika in Berlin
Zwischen dem Volkspark Rehberge und der Müllerstraße wurden von 1899 bis 1958 insgesamt 22 Straßen und drei Kleingartenkolonien nach afrikanischen Ländern, Städten und Flüssen, Kolonialstützpunkten und Kolonialherren benannt. Das Afrikanische Viertel im Wedding ist damit ein großes Flächendenkmal zum deutschen Kolonialismus. Über die Hintergründe dieser Namensgebung, historische Zusammenhänge und neueste kritische Auseinandersetzung mit der Kolonialzeit informiert eine digitale Karte, auf der mit knappen, informativen Texten und kurzen, interessanten Hörbeiträgen das Viertel in zahlreichen lebendigen Facetten vorgestellt wird: www.3plusx.de/leo-site/

Wir waren Nachbarn
Seit Anfang Juni 2015 ist die Ausstellung im Rathaus Schöneberg wieder geöffnet und bietet Gelegenheit, ZeitzeugInnen aus Berlin kennenzulernen. Die Ausstellung bietet Erinnerungen der ZeitzeugInnen, deren persönliche Dokumente und Fotos der LeserIn wie in einem privaten Familienalbum entgegenkommen. In Hörstücken sind die Originalstimmen der ZeitzeugInnen zu hören, während man die Fotos im dazugehörigen biografischen Album betrachtet. Die Karteikarten mit den Namen der über 6000 Deportierten bilden zusammen mit den biografischen Alben eine Art Memorial.
Dem gibt die große Halle mit ihrer Glaskuppel die notwendige Würde. Der diesjährige Schwerpunkt der Ausstellung heißt »Wegbereiterinnen – Jüdische Frauen: kreativ, kritisch, engagiert« und ist 24 Frauen innerhalb der bestehenden Ausstellung gewidmet, zu denen 2015 drei weitere mit neuen biografischen Alben hinzukommen: die Lyrikerin Mascha Kaléko, die Bildhauerin Renée Sintenis und die Komponistin und Zeitzeugin Ursula Mamlok.
Die Ausstellung ist geöffnet Montag bis Donnerstag und Samstag und Sonntag von 10 bis 18 Uhr. Weitere Informationen unter www.wirwarennachbarn.de

Zwölf Länder Europas nach dem Zweiten Weltkrieg
Die Ausstellung »1945 – Niederlage. Befreiung. Neuanfang« im Deutschen Historischen Museum ist noch bis zum 25. Oktober zu sehen. Anlässlich des 70. Jahrestages der deutschen Kapitulation zeigt die Ausstellung die Situation nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sowie die unmittelbare Nachkriegszeit in Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei, Polen, Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Luxemburg, den Niederlanden, Belgien, Frankreich und der Sowjetunion. Sie thematisiert, in welchem Zustand sich Gesellschaft und politisches System bei Kriegsende befanden sowie die wichtigsten Umwälzungen der Nachkriegszeit. Darüber hinaus gewährt die Ausstellung Einblicke in das Alltagsleben der Menschen. Ausgehend von 36 exemplarisch ausgewählten Biografien werden die Auswirkungen der Kriegsjahre auf die Menschen nebeneinander dargestellt – ohne Erlebtes und Erlittenes gegeneinander abzuwägen oder zu relativieren. Deutsches Historisches Museum, Unter den Linden 2, 10117 Berlin. Weitere Informationen unter www.dhm.de/ausstellungen/1945.html

MACHmit! Museum für Kinder: Der Maler Paul Klee
Das MACHmit! Museum für Kinder präsentiert in Zusammenarbeit mit dem Kindermuseum in Bern die neue Jahresausstellung »Tausend Punkte treffen sich – der Maler Paul Klee«. Klee zählt zu den bedeutendsten KünstlerInnen des 20. Jahrhunderts – die interaktive Kunstausstellung macht sein Lebenswerk mit allen Sinnen erfahrbar. Die Ausstellung lädt dazu ein, Klee zu erleben, Klee zu erforschen und mit Klee kreativ zu sein. Das Atelier gibt Einblick in den Arbeitsprozess des Künstlers. Die Spielstraße macht aktiv erfahrbar, wie Klee mit Punkten, Strichen, Licht und Farbe gearbeitet hat und in den Museumswerkstätten entstehen eigene kreative Werke. Die Ausstellung ist insbesondere für Kinder im Alter von 4-12 Jahren konzipiert. Für Kitagruppen und Schulklassen werden nach Voranmeldung spezielle Führungen angeboten. MACHmit! Museum, Senefelderstr. 5/6, 10437 Berlin, Tel. 747 78 -200. Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, Montag immer geschlossen. Weitere Informationen unter www.machmitmuseum.de

GEW-Radtour
Der Termin für die 21. GEW-Radtour steht fest: Am Samstag, den 26. September 2015 geht es los. Anmeldungen unter umtriebe@web.de oder info@gew-berlin.de

Selbsthilfegruppe der »anonymen Burnoutler«
LehrerInnen, die von Burnout betroffen sind, kümmern sich erst dann um ihre Situation, wenn sie schon tief in dieser Lebensfalle stecken. Der Verlauf ist schleppend und heimtückisch, und »der Schalter wird von einem Moment auf den anderen umgelegt«. Die Anonymität unserer Selbsthilfegruppe sichert Diskretion zu. Die Selbsterfahrungsgruppe tagt zweimal im Monat. Ort: 14052 Berlin (direkt am Theo, im VITAL Gesundheitszentrum) www.anonyme-Burnoutler.de, Tel. 03 32 03 7 25 31

SENIORINNEN

Die Veranstaltungen der SeniorInnen sind selbstverständlich offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste! Eintrittsgelder müssen selbst getragen werden.

Veranstaltungen des LSA/ der Jungen Alten
• *Mittwoch, 9. September 2015:* Spaziergang von der sogenannten Judengasse zum legendären Wasserturm: Es geht vom Pfefferberg zum »Judengang«, Jüdischen Friedhof, Kollwitzplatz und Wasserturm. Treffpunkt: 10 Uhr, Senefelder Platz. Kontakt: Erich Juhnke, Tel. 9 75 75 64
• *Dienstag, 15. September 2015:* Führung vom bekannten »Generalszug« zum Berliner Kammergericht: Wo einst der Sportpalast stand, vorbei am ehemaligen Zwangsarbeiter-Bunker zu den Königskolonnaden und zum Kleistpark. Treffpunkt: 10 Uhr Potsdamer Straße/Ecke Bülowstraße. Kontakt: Erich Juhnke, Tel. 9 75 75 64
• *Mittwoch, 16. September 2015:* Themenabend: »Tod in der Wüste«

GEW-Stammtisch für RuheständlerInnen
23.9.2015 von 14:30 bis 16:30 Uhr im »Ulrichs – Café« in der Ahornstraße. Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

GEW-Chor
9.9. und 16.9.2015 um 17 Uhr im GEW-Haus. Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

GEW-Singkreis
30.9. und 7.10.2015 um 17:30 Uhr im GEW-Haus. Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

BSA Lichtenberg
• *Dienstag, 13. Oktober 2015:* Spaziergang vom Antonplatz zum Milchhäuschen am Weißen See: Bei dem Spaziergang erfahren wir etwas über die Geschichte dieses Stadtbezirkes und sehen uns schöne Ecken an. Treffpunkt: 10 Uhr auf dem Antonplatz. Kontakt: Barbara Schütz, Tel. 4727477

BSA Pankow
• *Dienstag, 15. September 2015:* Im historischen Ortskern von Marzahn steht eine alte Mühle, die uns Müller Wolf zeigen wird. Wir werden das Innenleben kennenlernen und erfahren, was diese Mühle noch alles kann. Eintritt: 3 Euro. Treffpunkt: 10 Uhr Hinter der Mühle 4. Kontakt: Kollegin Slateff, Tel. 9864837
• *Dienstag, 13. Oktober 2013:* Unter dem Motto »Revolution 1848« Besuch der Ausstellung im Volkspark Friedrichshain. Treffpunkt: 11 Uhr, Ernst Zinna-Weg. Kontakt: Kollegin Mannschatz 42807477

INTERNET

www.aktionintern.de/publikationen/kompakt-dgb-index-gute-arbeit Die erste Ausgabe der neuen Online-Publikation «DGB-Index Gute Arbeit kompakt« untersucht die Arbeitsbedingungen in den Erziehungsberufen. Der Vergleich mit den anderen Berufsgruppen zeigt eindrucksvoll den hohen Sinngehalt und die große

Identifikation der Beschäftigten mit ihrer Arbeit. Er macht aber auch eine außerordentlich starke Belastung deutlich, die sowohl körperliche als auch psychische Anforderungen umfasst. Gleichzeitig empfinden viele Beschäftigte in den Erziehungsberufen eine mangelnde Wertschätzung, die sich in einem Einkommen ausdrückt, das als nicht leistungsgerecht empfunden wird. Das neu Online-Format «kompakt« soll in unregelmäßigem Abstand weitere Fragen zur Qualität der Arbeitsbedingungen aufgreifen und die entsprechenden Daten des DGB-Index in knapper und übersichtlicher Form aufbereiten.

www.gew-berlin.de/13418.php Unter diesem Link steht ein Text zur Kritik am Kompetenzkonzept: »Jochen Krautz: Kompetenzen machen unmündig«. Eine zusammenfassende Kritik zuhanden der demokratischen Öffentlichkeit. Streitschriften zur Bildung, Heft 1. Hrsg. Fachgruppe Grundschulen der GEW BERLIN. Online Version, entsprechend der zweiten Druckauflage Berlin, Juni 2015

www.cbgnetwork.org/downloads/Hill_Schadstoffe.pdf führt zur PDF-Fassung des Buches «Schadstoffe an Schulen und öffentlichen Gebäuden« von Hans-Ulrich Hill. Der Autor ist Diplombiologe/Fachtoxikologe und hat eine sehr ausführliche Darstellung der Umweltgifte und ihrer Folgen erstellt. Der zweite Schwerpunkt des Buches liegt bei der Beschreibung der Versuche der Behörden, dieses Problem zu vertuschen und KritikerInnen mundtot zu machen.

gpurl.de/Xa9L1 Bildungsmaterial von Greenpeace zur Arktis: Die Arktis ist in großer Gefahr. Inwieweit kann die Einrichtung eines Schutzgebiets Arktis noch die industrielle Ausbeutung verhindern? Welche Folgen hat der Klimawandel auf die arktische Tier- und Pflanzenwelt? Das neue Bildungsmaterial von Greenpeace nähert sich den Problemen der Arktis aus unterschiedlichen Blickwinkeln an. Mit dem Material auf Basis aktueller Forschungsergebnisse sollen Lehrkräfte unterstützt werden, die Arktis im Unterricht zu behandeln. Es wurde für SchülerInnen aller Schularten ab Klasse 7 entwickelt.

www.dguv-lug.de Unterrichtsmaterialien der Unfallversicherung zum Cybermobbing. Die Unterrichtsmaterialien klären über die Folgen von Cybermobbing und Happy Slapping auf und zeigen, was SchülerInnen, Lehrkräfte und die Schule als Ganzes tun können, um sich davor zu schützen. Alle Unterrichtsmaterialien des Schulportals DGUV Lernen und Gesundheit sind nach Jahrgangsstufen im allgemeinbildenden und Themen im berufsbildenden Teil gegliedert. Sie enthalten in der Regel direkt im Unterricht einsetzbare Arbeitsblätter, Folien und SchülerInnentexte. Exemplarische Unterrichtsverläufe werden in einem didaktisch-methodischen Kommentar dargestellt, durch Hintergrundinformationen, eine Auflistung der zu erlangenden Kompetenzen und durch eine umfangreiche Mediensammlung ergänzt.

www.zerschlagung-gewerkschaften1933.de/biografien Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften durch das nationalsozialistische Regime zerschlagen. Diese Website des DGB erzählt von der zerstörten Vielfalt gewerkschaftlichen Lebens in Berlin und erinnert an die Personen, die die damaligen Ereignisse miterlebt haben.

www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/10-jahre-integrationskursverordnung-tagung-von-gew-dvv-und-bbb-am-17-juni-2015 Die GEW, der Deutsche Volkshochschulverband (DVV) und der Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (BBB) fordern die Bundesregierung auf, die Integrationskurse zehn Jahre nach ihrer Einführung den veränderten gesellschaftlichen Erfordernissen anzupassen. Sie fordern 180 Millionen Euro für die nötige Reform der Integrationskurse und die Stabilisierung der Lage der Lehrkräfte. Weitere Informationen im Positionspapier »10 Jahre Integrationskurse – Ein Erfolgssystem ist dringend reformbedürftig« vom 17. Juni 2015.

www.deutscher-verein.de/de/empfehlungen-stellungnahmen-2015-1859.html Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge, ein gemeinsames Forum von Kommunen und Wohlfahrtsorganisationen, der unterschiedlichsten Akteure der sozialen Arbeit, dem auch die GEW angehört, hat eine Empfehlung zur Erziehung, Bildung und Betreuung für Kinder im schulpflichtigen Alter erarbeitet. Darin wird festgestellt, dass es höchste Zeit ist, den quantitativen und qualitativen Ausbau von Ganztagsangeboten für schulpflichtige Kinder voranzubringen. Es wird gefordert, das Thema »Schulkinderbetreuung« auf die »wissenschaftliche und fachpolitische Agenda« zu setzen. Wer die sechzehnseitige Empfehlung lesen möchte, findet sie unter dem oben aufgeführten Link.

MIGRAMENTOR-CAMPUS 2015

Berlin braucht mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund – der MigraMentor-Campus soll dazu beitragen: **Freitag, den 16. und Samstag, den 17. Oktober 2015** findet er statt an der Humboldt-Universität zu Berlin für SchülerInnen mit Migrationshintergrund ab Klasse 10. Ziel ist es, SchülerInnen mit Migrationshintergrund für den LehrerInnenberuf zu interessieren und sie in ihrer Studien- und Berufswahl zu unterstützen. Der MigraMentor-Campus ist ein gemeinsames Projekt der Senatsverwaltung Bildung, Jugend und Wissenschaft, dem Berliner Netzwerk für Lehrkräfte mit Migrationshintergrund, den Berliner Universitäten und der Hertie-Stiftung.

Kontakt: Berliner Netzwerk für Lehrkräfte mit Migrationshintergrund, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Bernhard-Weiß-Straße 6, 10178 Berlin-Mitte. Landessprecherin: Antonia Steinkopff, Landeskoordinatorin: Mengü Özhan-Erhardt. Koordinationsbüro: Raum 2A10, dienstags und donnerstags erreichbar unter Tel.: (030) 9 02 27-63 29, E-Mail: antonia.steinkopff@fu-berlin.de und mengue.oezhan-erhardt@senbjw.berlin.de

ANZEIGE

Für alle Fälle

Darf meine SchulleiterIn unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement der Schulrechtssammlung hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-27
oder online unter: www.gew-berlin.de/18353.htm

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Extra günstige Kredite für Sparfüchse
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen gigantisch günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 35 Jahren.

Deutschlands günstiger Autokredit
3,47% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 3,47% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,42% p.a., Rate 447,- €, Gesamtkosten 21.425,62 €
www.Autokredit.center

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 544,73 €, eff. Jahreszins 3,96%, Bruttobetrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

KLASSE REISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab EUR 235,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab EUR 220,-
Oder Österreich...Holland...Frankreich...Kroatien...Deutschland	
Städtereisen: Berlin, München, Hamburg, Köln, Dresden, Weimar, Freiburg	
Amsterdam, Brüssel, Paris, London, Straßburg, Wien, Krakau, Rom, Prag...	

Günstige Flugreisen in viele europäische Metropolen...

Tel. 030/3030836

KLASSE REISEN GmbH • www.klasse-reisen.com • mail@klasse-reisen.com

Von hier an ... ... geht es aufwärts!
Klinik am Leisberg BADEN-BADEN
Ein wunderschönes Ambiente in einer besonderen Stadt ist der Rahmen für unser erfolgreiches Therapieangebot in freundlicher Atmosphäre. Hier werden Sie sich wohlfühlen und gesund werden!
Indikationen:
Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Essstörungen, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe
Privatklinik für psychologische Medizin. Akutaufnahme möglich, wir beraten Sie gern!
Gunzenbachstraße 8 · 76530 Baden-Baden · Telefon 07221 / 39 39 3-0
Fax 07221/39 39 3-50 · www.leisberg-klinik.de · info@leisberg-klinik.de

MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE
von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.
PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pkr-bus@bln.de

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

Ihre Farbanzeige in der blz
Zum Beispiel diese Anzeige im Vierfarbdruck für nur 76 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Siehe auch die neue »Preisliste Farbanzeigen«. Tel. 030 - 613 93 60 oder info@bleifrei-berlin.de

LockeToursBerlin
Abruzzen im Herzen der Natur ab 645 EUR
Natürliche Emotionen auch für Familien
Baltische Länder per Rad ab 1295 EUR
Korsika GR20 Wanderung ab 1280 EUR
Flüge und Fähren - weltweit und preiswert!
www.locketours.de
Lefevrestr. 21 Tel. (0 30)) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: info@locketours.de

fair childhood

Schuften für einen Hungerlohn von 50 Cent am Tag
Machen Sie mit. Werden Sie Förderer und Förderin von Fair Childhood – GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit
Spendenkonto Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr. 375 1680 188, BLZ 700 20 500
www.fair-childhood.eu

Extra Buch
VIELSEITIG UND MIT REDUZIERTEN PREISEN
z.B. zu Geschichte, Politik, Literatur, Kunst, Sprachen, Lernhilfen...
Mehringdamm 66
10961 Berlin
030/789 51 797
Mo-Fr 10-20 Uhr
Sa 10-18 Uhr
extrabuch@t-online.de

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2015
- Friedens- und Konfliktforschung: Global Competence – eine Lösung?
- Interkulturelle Kommunikationskompetenz
- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- Improvisation u. Singen – Impulse f. d. Stimmarbeit
- Rhetorik, Stimm- und Sprechtraining
- Ressource Lampenfieber

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

Besorgen Sie sich jetzt Blütenbuttons!
Ideal für Feiern wie Frühlings- und Sommerfeste in Schule oder Kita.
Die schönsten Buttons machen Sie jetzt selbst!
Nur bei uns erhältlich!
Wir verkaufen und verleihen auch Maschinen, Material und Zubehör.
Mehr Infos unter:
www.graph-druckula.de
Mail: info@graph-druckula.de

Graph Druckula GmbH · Gneisenaustraße 2a · 10961 Berlin · Fon (030) 694 016 20 · Fax 694 016 25

BUSART-TOURS GmbH
...das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
Busvermietung: Tel. +49/30/303083-0
Albrechtstr. 138–140 • 12099 Berlin
Fax: +49/30/30 30 83-55
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de

09. SEPT. 17.00 Uhr	**AG Frieden**	Raum 47
17.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**	Raum 300
15. SEPT. 19.00 Uhr	**LAMA**	Raum 33
16. SEPT. 15.00 Uhr	**LSA/Junge Alte**	Raum 33
17. SEPT. 18.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**	Raum 300
18.00 Uhr	**Kita-AG**	Raum 33
18.30 Uhr	**Vorstand Abteilung Wissenschaft**	Raum 32
22. SEPT. 19.00 Uhr	**Abteilung Berufsbildende Schulen**	Raum 33
19.00 Uhr	**AG Schwule Lehrer**	Raum 300
23. SEPT. 17.30 Uhr	**FG Grundschulen + Sonderpädagogik**	Raum 300
18.30 Uhr	**MV ReferendarInnen**	Raum 33
18.45 Uhr	**FG Sonderpädagogik**	Raum 34
24. SEPT. 16.30 Uhr	**AG Jugendliteratur und Medien**	Raum 47
28. SEPT. 16.00 Uhr	**AG Verfolgte Lehrkräfte**	Raum 34

Ausschreibung: Mete-Ekşi-Preis 2015

PLAKAT: GRAF DRUCKULA

TOD IN DER WÜSTE – DER VÖLKERMORD AN DEN ARMENIERN

Vortrag mit Diskussion mit Rolf Hosfeld am Mittwoch, den **16. September um 19 Uhr** im GEW-Haus. Der Themenabend wird veranstaltet von den Jungen Alten und der AG Frieden.

TTIP-DEMO IN BERLIN

Am **10. Oktober 2015** heißt es in Berlin: »TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel!« An diesem Tag wird ein breites Bündnis aus Gewerkschaften und NGOs den Protest gegen die Ideologie des ungezügelten Freihandels auf die Straße tragen. Der DGB, die GEW und alle anderen Mitgliedsgewerkschaften sind mit dabei. Mit der bundesweiten Großdemonstration soll ein kraftvolles Zeichen gesetzt werden. Das Bündnis der FreihandelskritikerInnen will deutlich machen, dass gesellschaftliche Errungenschaften wie Umweltschutz, VerbraucherInnenschutz und ArbeitnehmerInnenrechte unverhandelbar sind. Die öffentliche Daseinsvorsorge einschließlich eines kostenfreien Angebots guter Bildung für alle und kulturelle Vielfalt gilt es zu schützen und auszubauen.